

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1997

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

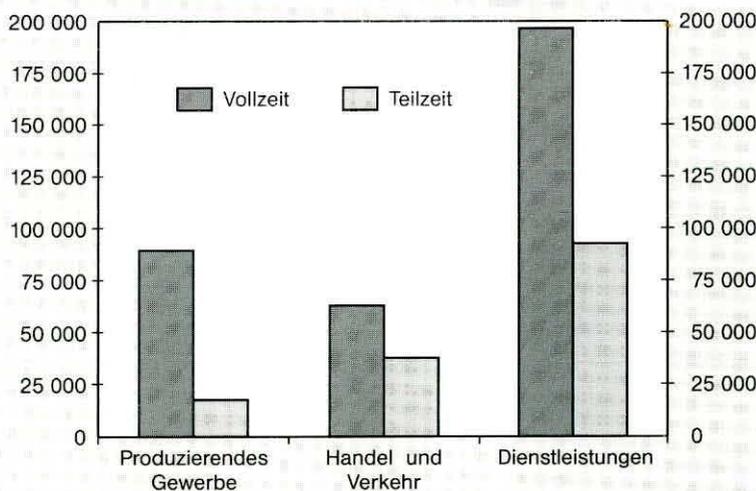
September

Oktober

November

Dezember

Sozialversicherungspflichtig voll- und teilzeitbeschäftigte
Frauen 1996 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen



Inhalt

**Sozialversicherungspflichtig
beschäftigte Arbeitnehmer
im Juni 1996**

187 Eine weiterhin rückläufige Beschäftigtenzahl ist an den Ergebnissen der Statistik über die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer zum 30. Juni 1996 abzulesen. Die vorliegende Untersuchung gliedert die Beschäftigten nach verschiedenen Merkmalen und zeigt eine zeitliche Entwicklung auf.

**Bewilligungen im sozialen
Wohnungsbau 1996**

197 Im Jahre 1996 wurden 1,1 Mrd. DM in den Bau von Sozialwohnungen investiert. Rund ein Fünftel der Mittel stammt aus öffentlichen Haushalten. Noch wurden mehr Miet- als Eigentümerwohnungen gefördert, aber auch im Sozialbau geht der Trend eindeutig in Richtung Eigentum.

**Grundzüge des künftigen Konzepts
der Wirtschaftsrechnungen der
privaten Haushalte**

208 Jeweils ausgehend von der historischen Entwicklung wird die Neukonzeption der Laufenden Wirtschaftsrechnungen und das veränderte methodische Konzept der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beschrieben.

Anhang

65* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Im Jahr 1996 erneuter Beschäftigungsrückgang

Am 30. Juni 1996 wurden knapp 1,165 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die an einem Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Das waren fast 10 900 oder 0,9 % weniger als zum gleichen Zeitpunkt 1995. Im Vergleich mit 1986, dem Anfang der zurückliegenden Wachstumsperiode, lag die Arbeitnehmerzahl aber noch um 74 300 oder 6,8 % höher.

Von den Arbeitnehmern zum Berichtszeitpunkt zählten nicht ganz 549 000 zu den Arbeitern und über 615 700 zu den Angestellten. Damit hat sich das Zahlenverhältnis weiter zugunsten der Angestellten verschoben. Die Angestelltenquote stieg auf 52,9 %. Gegenüber 1995 hat die Zahl der Arbeiter um 15 800 oder 2,8 % abgenommen. Gleichzeitig ist die Angestelltenzahl um 4 900 oder 0,8 % gestiegen. Zieht man das Jahr 1991, in dem die Zahl der Arbeiter ihren höchsten Juniwert seit Beginn der achtziger Jahre erreichte, zum Vergleich heran, fällt der Rückgang bei den Arbeitern mit über 69 900 Beschäftigten noch weit höher aus. Das bedeutet, daß in den letzten fünf Jahren etwa jeder neunte Arbeitsplatz der als Arbeiter beschäftigten Personen weggefallen ist. Im gleichen Zeitraum kamen nur 36 800 Beschäftigungsverhältnisse für Angestellte hinzu, eine Zunahme um 6,4 %. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im produzierenden Gewerbe, in dem es weit mehr Arbeiter als Angestellte gibt, wider. In diesem Wirtschaftsbereich gingen 1996 noch rund 493 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Beschäftigung nach. Das waren 42,3 % aller Beschäftigten. Zieht man das Jahr 1991, das mit knapp 566 900 Beschäftigten im produzierenden Gewerbe den Höchstwert der zurückliegenden zehn Jahre aufwies, zum Vergleich heran, wird der Arbeitsplatzverlust dieses Bereichs in den letzten fünf Jahren noch deutlicher sichtbar. Mehr als 73 600 Arbeitsplätze gingen seit damals verloren, ein Rückgang um 13 %.

Der seit vielen Jahren am stärksten wachsende Wirtschaftsbereich sind die unter dem Begriff Dienstleistungen zusammengefaßten Wirtschaftszweige. Hier gingen Ende Juni des Berichtsjahres 452 800 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Gegenüber dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres hat dieser Bereich um 1,3 % zugenommen, während die Gesamtzahl der Beschäftigten um 0,9 % abgenommen hat. Im Vergleich mit 1986 ist die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich der Dienstleistungen um 23,9 % gestiegen, so daß dort heute rund 87 300 mehr Menschen eine Beschäftigung finden als vor zehn Jahren. Der Anteil an der Gesamtbeschäftigung belief sich 1996 auf 38,9 %, ein Jahr davor waren es 38 %. Vor

zehn Jahren entfielen auf den Dienstleistungsbereich erst 33,5 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 187.

**3 855 Wohnungen öffentlich gefördert
Zusätzlich 1 167 Sozialwohnungen durch Sonderprogramme subventioniert**

Im Jahre 1996 wurden in Neubauten 3 647 Wohnungen öffentlich gefördert, das sind rund 33 % weniger als im Vorjahr (5 457). Während die Anzahl der mit öffentlichen Mitteln subventionierten Wohnungen im 1. Förderungsweg mit 728 (Vorjahr 718) nahezu konstant blieb,

**Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung**

Steuerart	Januar - Juli		Veränderung
	1996	1997	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 021,7	724,0	- 29,1
Vermögensteuer	206,4	40,4	- 80,4
Erbschaftsteuer	174,0	- 0,4	X
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	-	47,6	X
Kraftfahrzeugsteuer	463,2	456,6	- 1,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	95,1	108,4	14,0
Feuerschutzsteuer	29,8	21,0	- 29,5
Biersteuer	53,2	50,4	- 5,4
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen¹⁾	3 475,4	3 227,7	- 7,1
Lohnsteuer	2 799,7	2 741,6	- 2,1
Veranlagte Einkommensteuer	- 68,4	- 183,9	X
Kapitalertragsteuer	186,8	223,2	19,5
Zinsabschlag	165,5	142,6	- 13,9
Körperschaftsteuer	391,8	304,2	- 22,4
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 594,1	2 581,9	- 0,5
Umsatzsteuer	2 108,6	2 051,1	- 2,7
Einfuhrumsatzsteuer	485,5	530,8	9,3
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	57,9	57,8	- 0,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	34,9	33,5	- 3,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	88,4	88,3	- 0,1
Insgesamt	7 272,3	6 713,3	- 7,7

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

kurz + aktuell

war im 2. Förderungsweg (Eigentumsmaßnahmen) mit 1 076 Wohnungen ein Zuwachs von 8 % gegenüber 1995 (996) zu verzeichnen.

Der Gesamtrückgang an öffentlich geförderten Wohnungen ist ausschließlich auf die geringere Fördertätigkeit im 3. Förderungsweg (Bau von Mietwohnungen) zurückzuführen. Im Jahre 1996 wurden 1 843 Einheiten gefördert, gut 50 % weniger als 1995. Durch den Ankauf von 208 vorhandenen Wohnungen errechnet sich für 1996 ein Ergebnis von 3 855 geförderten Wohneinheiten.

Die Finanzierungskosten der Sozialwohnungen beziffern sich auf knapp 1,1 Mrd. DM. Rund 188 Mill. DM stammen aus öffentlichen Haushalten (18 %), rund 543 Mill. DM vom Kapitalmarkt (51 %), und 335 Mill. DM waren sonstige Mittel (31%), darunter vorwiegend Eigenleistungen der Bauherren (313 Mill. DM).

Im Rahmen von Sonderprogrammen bewilligte die Landestreuhandstelle Mainz – Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz – zusätzlich 1 167 Wohnungen. Diese Förderung bezog sich auf den Erwerb von Belegungsbindungen (743 Wohnungen), das Konversionsprogramm (420) und auf sonstige öffentlich geförderte Wohnungen (4). hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 197.

Sozialhilfe durch Pflegeversicherung entlastet

Im Jahre 1996 wurden in Rheinland-Pfalz 2,28 Mrd. DM für Sozialhilfe (ohne Leistungen für Asylbewerber) ausgegeben. Das sind fast 14 Mill. DM oder 0,6 % weniger als im vorangegangenen Jahr.

Mit 605 Mill. DM entfielen 90 Mill. DM weniger auf die Hilfe zur Pflege. Dieser Rückgang um 13 % ist im wesentlichen auf die Entlastung durch die zweite Stufe der Pflegeversicherung seit Mitte 1996 zurückzuführen. Die anderen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen hatten dagegen durchweg Steigerungen zu verzeichnen. So stiegen die Eingliederungshilfe für Behinderte um 9 % auf nunmehr 729 Mill. DM, die Krankenhilfe um gut 6 % auf 79 Mill. DM sowie die sonstigen Hilfen um fast 5 % auf 29 Mill. DM. Mit 1,44 Mrd. DM wurden für alle Hilfen in besonderen Lebenslagen zusammen 22 Mill. DM weniger als im Jahre 1995 aufgebracht.

Dagegen hat sich der Aufwand für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt weiter erhöht, und zwar um 8 Mill. DM oder knapp 1 %. Mit 839 Mill. DM entfallen auf diese Hilfeart knapp 37 % der gesamten Sozialhilfeausgaben im Jahre 1996. hl

Mehr Verkehrstote im ersten Halbjahr 1997

Nach Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik gab es im ersten Halbjahr 1997 in Rheinland-Pfalz 55 543 polizeilich registrierte Verkehrsunfälle. Bei 47 210 Unfällen entstand Sachschaden, bei 8 333 Personenschaden. Insgesamt verunglückten 11 454 Verkehrsteilnehmer, davon 179 tödlich, 2 767 wurden schwer und 8 508 leicht verletzt.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden lag um 0,8 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 1,5 % zurück, die der Leichtverletzten stieg dagegen um 4 % und die der Getöteten sogar um 16 %. Unter den Getöteten befanden sich 113 (+ 13) Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen, 30 (+ 1) Benutzer von motorisierten Zweirädern, 11 (+ 2) Radfahrer und 21 (+ 10) Fußgänger. schm

Straßenverkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz
im 1. Halbjahr 1997

Unfälle Verunglückte	1996	1997	Veränderung
	Anzahl		%
Unfälle	54 072	55 543	2,7
mit Personenschaden	8 269	8 333	0,8
mit Getöteten	145	168	15,9
darunter auf Autobahnen	22	20	-9,1
mit Sachschaden	45 803	47 210	3,1
Verunglückte insgesamt	11 145	11 454	2,8
Getötete	155	179	15,5
darunter auf Autobahnen	26	21	-19,2
Schwerverletzte	2 809	2 767	-1,5
Leichtverletzte	8 181	8 508	4,0

Hohe Ertragsverluste im Obstbau

Frost und die kalte Frühjahrswitterung haben in Rheinland-Pfalz bei allen Obstarten den Blüteverlauf und damit den Fruchtansatz so beeinträchtigt, daß die Bäume je nach Obststart zwischen 30 und 60 % weniger tragen als im Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Bei den schon geernteten Süß- und Sauerkirschen lagen die Baumerträge im Marktoberbau lediglich bei rund 9 bzw. 10 kg. Die Verluste waren damit bei Süßkirschen noch größer als bei Sauerkirschen. Pflaumen und Zwetschen werden im Durchschnitt rund 10 kg je Baum und damit im Vergleich zum Sechsjahresdurchschnitt fast 50 % weniger bringen.

Bei Äpfeln beurteilten die Berichtersteller bereits den Behang deutlich schlechter als im Vorjahr. Nach ersten Ertragsvorausschätzungen dürften Äpfel im Marktoberbau mit rund 11 kg je Baum Ertragseinbußen gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt von mehr als 40 % aufweisen. hü

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Juni 1996

Der starke Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre und die daraus resultierende hohe Zahl arbeitsloser Menschen macht die intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen notwendig. Hier werden Schwerpunkte, Trends und Umfang des Beschäftigungsrückgangs deutlich, die als Grundlage für die Beurteilung zukünftiger Entwicklungen dienen können.

Die Hauptdatenquelle für die Beobachtung der Beschäftigungsentwicklung ist die Statistik über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Sie basiert auf Auswertungen der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Meldeverfahren der Arbeitgeber an

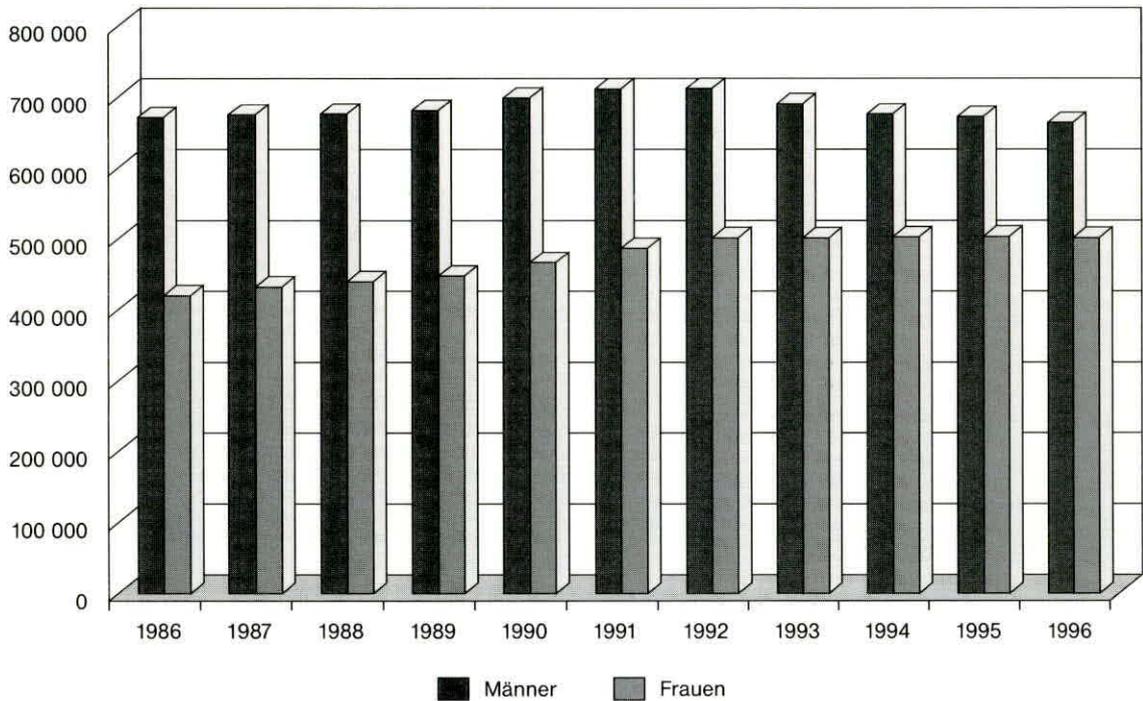
die Sozialversicherungsträger (Krankenkassen und Rentenversicherungen). Bei Beginn und Ende eines Beschäftigungsverhältnisses wird für jeden Arbeitnehmer eine entsprechende Meldung abgegeben. Die Betriebe haben bei mehreren Betriebsstätten ihre Meldungen für die jeweilige örtliche Einheit abzugeben, d. h. die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Arbeitsortprinzip.

Die Auszählungen der Beschäftigtenstatistik basieren auf dem Personenkonzept. Es werden alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbezogen, die zu einem bestimmten Stichtag einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, unabhängig von ihrer

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1986 bis 1996 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Stellung im Beruf

Jahr (30.6.)	Insgesamt	Und zwar				
		Frauen	Deutsche	Ausländer	Arbeiter	Angestellte
Anzahl						
1986	1 090 374	419 488	1 036 782	53 592	595 507	494 867
1987	1 106 335	431 709	1 053 136	53 199	591 257	515 078
1988	1 115 318	439 247	1 060 872	54 446	590 018	525 300
1989	1 128 276	447 365	1 071 485	56 791	591 410	536 866
1990	1 165 059	466 385	1 104 078	60 981	608 805	556 254
1991	1 197 788	486 546	1 132 646	65 142	618 874	578 914
1992	1 213 360	501 470	1 140 894	72 466	613 688	599 672
1993	1 191 478	501 035	1 110 998	80 480	586 629	604 849
1994	1 178 333	502 267	1 097 877	80 456	569 985	608 348
1995	1 175 565	503 303	1 093 602	81 963	564 792	610 773
1996	1 164 679	501 476	1 084 463	80 216	548 961	615 718
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %						
1987	1,5	2,9	1,6	-0,7	-0,7	4,1
1988	0,8	1,7	0,7	2,3	-0,2	2,0
1989	1,2	1,8	1,0	4,3	0,2	2,2
1990	3,3	4,3	3,0	7,4	2,9	3,6
1991	2,8	4,3	2,6	6,8	1,7	4,1
1992	1,3	3,1	0,7	11,2	-0,8	3,6
1993	-1,8	-0,1	-2,6	11,1	-4,4	0,9
1994	-1,1	0,2	-1,2	-0,0	-2,8	0,6
1995	-0,2	0,2	-0,4	1,9	-0,9	0,4
1996	-0,9	-0,4	-0,8	-2,1	-2,8	0,8

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer und Frauen 1986 bis 1996



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 96/97

Arbeitszeit. Wenn im folgenden im Zusammenhang mit einer Zu- oder Abnahme der Beschäftigtenzahl vereinfachend von einer Veränderung der Zahl der Arbeitsplätze gesprochen wird, darf nicht außer acht bleiben, daß die Definition des Begriffs „Arbeitsplatz“ nicht eindeutig ist. Das zeigt sich bei der Besetzung eines Ganztags-Arbeitsplatzes mit zwei Halbtagskräften. Diese führt zu einer Verdopplung der Beschäftigtenzahl (von einem auf zwei Arbeitnehmer), ohne daß in diesem Betrieb mehr Arbeit geleistet worden wäre. Gleichzeitig kann man von einer Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze nur unter dem Vorbehalt sprechen, daß keine Unterscheidung hinsichtlich der Arbeitszeit gemacht wird.

Im Jahr 1996 erneuter Beschäftigungsrückgang

Am 30. Juni 1996 wurden knapp 1,165 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die an einem Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Das waren fast 10 900 oder 0,9 % weniger als zum gleichen Zeitpunkt 1995. Damals fiel der Rückgang im Vergleich zu 1994 mit - 0,2 % wesentlich geringer aus. Bereits 1993 und 1994 wurden gegenüber dem jeweiligen Vorjahr Beschäftigungsrückgänge registriert, die mit - 1,8 bzw. - 1,1 % sogar stärker waren als der aktuell errechnete Wert. Gegenüber dem Ergebnis von Ende Juni 1992, dem letzten Jahr der Aufschwungphase, lag die Arbeitnehmerzahl im Jahr 1996 um rund 48 700 bzw. 4 % niedriger. Im Vergleich mit 1986, dem Anfang

der zurückliegenden Wachstumsperiode, lag die Arbeitnehmerzahl Ende Juni 1996 aber noch um 74 300 oder 6,8 % höher.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres ist, in erster Linie saisonal bedingt, Schwankungen unterworfen. Üblicherweise steigt sie im zweiten Vierteljahr gegenüber dem ersten Quartal an. Auch im dritten Vierteljahr, in dem die Beschäftigung normalerweise ihren jährlichen Höchststand erreicht, sind Zunahmen im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal zu verzeichnen. Im Jahr 1996 stieg die Zahl der Arbeitnehmer ebenfalls zwischen dem 31. März und dem 30. Juni an, und zwar um 0,2 %. Das waren weniger als 2 900 Beschäftigte. Im davorliegenden Jahr wurde mit 0,3 % eine geringfügig höhere Zuwachsrage registriert.

Von den Beschäftigten Ende Juni 1996 waren 501 500 Frauen. Damit hat die Zahl der Arbeitnehmerinnen gegenüber dem Vorjahr erstmals seit vielen Jahren abgenommen, und zwar um gut 1 800 oder 0,4 %. Der Frauenanteil stieg in diesem Zeitraum trotzdem von 42,8 auf 43,1 %, da der Hauptrückgang in der Beschäftigtenzahl männliche Arbeitskräfte betraf. Vor zehn Jahren gab es in Rheinland-Pfalz rund 419 500 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen, ihr Anteil an der Gesamtzahl betrug 38,5 %. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl lag in dieser Dekade bei den Frauen mit 19,5 % weit über dem Anstieg der Gesamtbeschäftigtenzahl (6,8 %). Der Zuwachs um knapp 82 000 beschäftigte Frauen muß später noch unter dem Aspekt der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung betrachtet werden.

Angestelltenquote auf fast 53 % gestiegen

Von den 1,165 Mill. Arbeitnehmern zum Berichtszeitpunkt zählten nicht ganz 549 000 zu den Arbeitern, über 615 700 zu den Angestellten. Damit hat sich das Zahlenverhältnis weiter zugunsten der Angestellten verschoben. Die Angestelltenquote stieg auf 52,9 %. Ursache für diese Entwicklung gegenüber 1995 ist ein Rückgang der als Arbeiter Beschäftigten um über 15 800 oder 2,8 %, bei einer gleichzeitigen Zunahme der Zahl der Angestellten um mehr als 4 900 bzw. 0,8 %. Noch 1992 übertraf die Zahl der Arbeiter die der Angestellten um gut 14 000. Vor zehn Jahren standen den 494 900 Beschäftigten im Angestelltenverhältnis sogar über 595 500 Arbeiter gegenüber, eine Differenz von gut 100 600 Beschäftigten. Der Anteil der Angestellten lag damals erst bei 45,4 %. In diesem Zehn-Jahres-Zeitraum stieg die Zahl der Angestellten um nicht ganz 120 900 Personen oder 24,4 %. Demgegenüber nahm die Arbeiterzahl um rund 46 500 Beschäftigte bzw. 7,8 % ab. Zieht man gar das Jahr 1991, in dem die Zahl der Arbeiter ihren höchsten Juniwert seit Beginn der achtziger Jahre erreichte, zum Vergleich heran, fällt der Rückgang mit über 69 900 Beschäftigten noch weit höher aus. Das bedeutet, daß in den letzten fünf Jahren etwa jeder neunte Arbeitsplatz der als Arbeiter beschäftigten Personen weggefallen ist. Im gleichen Zeitraum kamen nur 36 800 Beschäftigungsverhältnisse für Angestellte hinzu, eine Zunahme um 6,4 %. Ursachen der Umschichtung zwischen diesen beiden Personengruppen sind zum einen die Verlagerung der Arbeitsplätze vom Produktions- in den Dienstleistungsbereich und

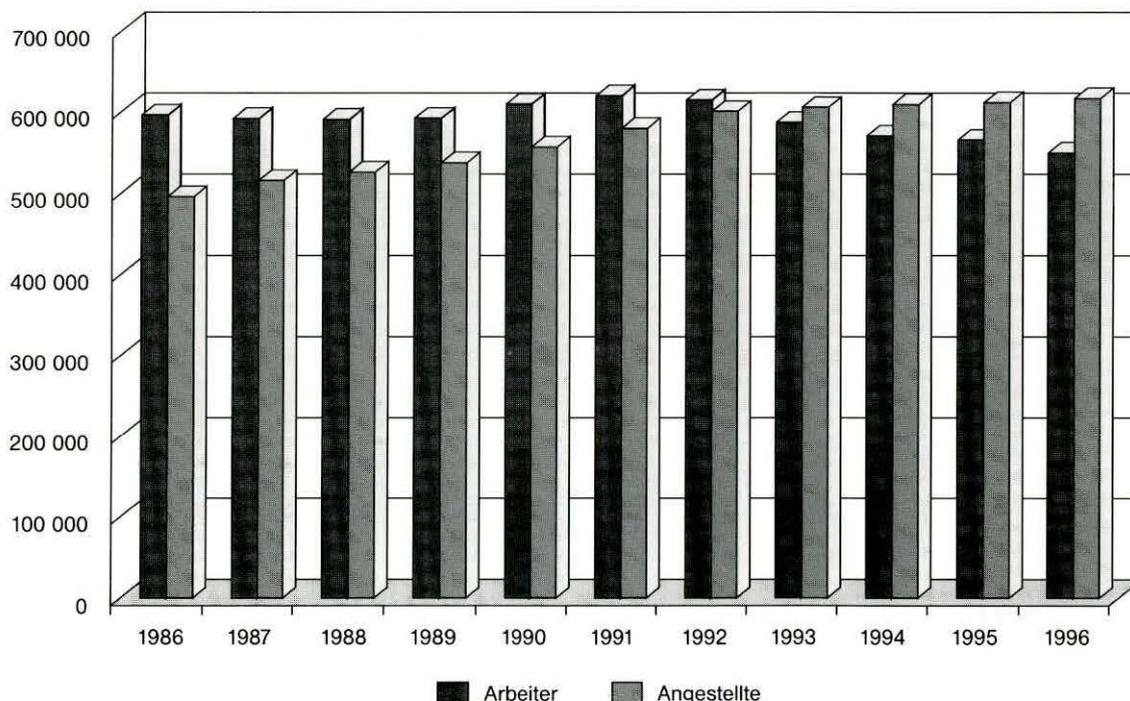
zum anderen der immer noch steigende Anteil der Frauen, die ganz überwiegend im Angestelltenverhältnis stehen, an den Beschäftigten.

Von den Ende Juni 1996 in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 80 200 ausländische Arbeitnehmer, gut 1 700 oder 2,1 % weniger als ein Jahr davor. Der Beschäftigungsrückgang fiel damit bei diesem Personenkreis prozentual weit stärker aus als bei deutschen Arbeitnehmern. Diese hatten zwischen Juni 1995 und 1996 ein Minus von 0,8 % zu verzeichnen. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind das mehr als 9 100 Beschäftigte. Betrachtet man einen längerfristigen Zeitraum, dann wird erkennbar, daß die Zahl ausländischer Arbeitnehmer heute um fast die Hälfte (49,7 %) höher liegt als vor zehn Jahren. Bei deutschen Beschäftigten ist nur eine Zunahme um 4,6 % zu registrieren. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an allen Beschäftigten ist von 4,9 % im Jahr 1986 auf heute 6,9 % gestiegen. Er liegt damit etwas niedriger als 1995, als noch 7 % aller Arbeitnehmer ausländische Staatsbürger waren. Durch die arbeitsortbezogene Betrachtung gehören hierzu auch die sogenannten Grenzgänger, das sind Arbeitnehmer, die hauptsächlich in Frankreich und Luxemburg wohnen und täglich nach Rheinland-Pfalz zur Arbeit kommen.

Beschäftigtenzahl im produzierenden Gewerbe seit 1995 um 2,9 % gesunken

Im Rahmen der Beschäftigtenstatistik kommt dem Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft wegen der dort hohen Zahl von Selbständigen und mithelfen-

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte 1986 bis 1996



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 95/97

den Familienangehörigen, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, zahlenmäßig nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Ende Juni 1996 gehörten knapp 13 200 Beschäftigte zu diesem Wirtschaftsbereich. Das waren 3,9 % weniger als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der seit langem zu beobachtende Abwärtstrend in diesem Wirtschaftsbereich fort. Im Vergleich mit 1986 lag die Beschäftigtenzahl um 25,2 % niedriger, das sind mehr als 4 400 Arbeitnehmer. Die starke saisonale Abhängigkeit der Beschäftigung in diesem Bereich wird bei einer Betrachtung der Veränderungen von Quartal zu Quartal deutlich. Das erste und das zweite Vierteljahr zeigten in den zurückliegenden Jahren jeweils deutliche Zunahmen der Beschäftigtenzahl. Das dritte, ganz besonders aber das vierte Quartal wurden von starken Rückgängen der Zahl der Arbeitnehmer gekennzeichnet.

Im Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe gingen am 30. Juni 1996 noch rund 493 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Beschäftigung nach. Das waren 42,3 % aller Beschäftigten. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein Rückgang um 2,9 % verzeichnet. Die Abnahme der Beschäftigtenzahl hat sich damit gegenüber dem Zeitraum 1994 / 95 verstärkt, in dem ein Rückgang um 0,8 % verzeichnet wurde, liegt aber unter den Veränderungsdaten der davorliegenden Jahre, in denen Abnahmen zwischen 4 und 5 % auftraten. Ein Vergleich mit dem Jahr 1986 macht den Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe noch deutlicher. Damals arbeiteten 48,5 % aller Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich, fast 36 100 mehr als heute. Das entspricht einer Abnahme der Arbeitnehmerzahl in diesen zehn Jahren um 6,8 %. Zieht man den Höchstwert dieses Zeitraums, das Jahr 1991 mit knapp 566 900 Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, zum Vergleich heran, wird der Arbeitsplatzverlust dieses Bereichs in den letzten fünf Jahren noch deutlicher sichtbar. Mehr als 73 600 Arbeitsplätze gingen seit damals verloren, ein Rückgang um 13 %. In diesen Jahren nahm die Gesamtzahl der Beschäftigten nur um 2,8 % bzw. 33 100 Personen ab.

Eine Aufgliederung dieses Wirtschaftsbereichs macht unterschiedliche Entwicklungstendenzen in einzelnen Branchen deutlich. Weiterhin stark rückläufig ist die Beschäftigungsentwicklung im Leder-, Textil- und Bekleidungssektor. Im Juni 1996 waren dort noch gut 17 200 Arbeitnehmer beschäftigt, 10,1 % weniger als ein Jahr davor. Gegenüber 1986 beträgt der Rückgang sogar fast 15 900 Beschäftigte, das ist ein Minus von 48 %. Auch im Wirtschaftszweig Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (ohne Datenverarbeitung) nahm die Beschäftigung zwischen 1995 und 1996 stärker (-3,6 %) ab als im gesamten Wirtschaftsbereich (-2,9 %). Im Wirtschaftszweig Holz-, Papier- und Druckgewerbe nahm die Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum um 3 % ab, während im Zehn-Jahres-Vergleich hier ein Plus von 6,3 % zu verzeichnen ist. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl im Baugewerbe um 2,2 % in den letzten zehn Jahren ist ausschließlich auf einen Anstieg im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe zurückzuführen, während 1996 im Bauhauptgewerbe 2,6 % weniger Beschäftigte als 1986 gezählt wurden. Der Vergleich mit dem Jahr 1995 macht mit einer Abnahme um

3,8 % im gesamten Baugewerbe, im Bauhauptgewerbe sogar um 5 %, die verschlechterte Wirtschaftslage im Bausektor sichtbar.

Weiterhin positive Entwicklung im Dienstleistungsbereich

Im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr gingen Ende Juni 1996 rund 205 500 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach, das waren 17,6 % aller zu diesem Zeitpunkt gezählten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Beschäftigtenzahl um 0,6 % ab. Im längerfristigen Vergleich wird allerdings die wachsende Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs deutlich. Seit 1986 hat die Zahl der Arbeitnehmer um knapp 27 500 Personen oder 15,4 % zugenommen. Unterschiedlich waren im Untersuchungszeitraum die Entwicklungen in den Wirtschaftszweigen Handel bzw. Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In der erstgenannten Branche ist die Beschäftigtenzahl in den letzten zehn Jahren um 16,6 % auf jetzt fast 158 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angestiegen. Im Vergleich mit 1995 lag der Beschäftigungsrückgang mit -0,8 % geringfügig höher als im gesamten Wirtschaftsbereich. Im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung lag die Zunahme gegenüber 1986 bei 11,8 %, so daß es hier am 30. Juni 1996 rund 47 300 Beschäftigte gab, 0,4 % mehr als 1995.

Der seit langen Jahren am stärksten wachsende Wirtschaftsbereich sind die unter dem Begriff Dienstleistungen (im weiteren Sinne) zusammengefaßten Wirtschaftszweige. Hier gingen Ende Juni des Berichtsjahres 452 800 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Gegenüber dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres hat dieser Bereich um 1,3 % zugenommen, während die Gesamtzahl der Beschäftigten um 0,9 % abgenommen hat. Im Vergleich mit 1986 ist die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich der Dienstleistungen um 23,9 % gestiegen, so daß dort heute rund 87 300 mehr Menschen eine Beschäftigung finden als vor zehn Jahren. Der Anteil an der Gesamtbeschäftigung belief sich 1996 auf 38,9 %, ein Jahr davor waren es 38 %. Vor zehn Jahren entfielen auf den Dienstleistungsbereich erst 33,5 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse.

Dieser Wirtschaftsbereich ist aus sehr unterschiedlichen Sektoren zusammengesetzt und zeigt bei näherer Betrachtung deutliche Entwicklungsunterschiede zwischen den verschiedenen Teilbereichen. So stieg beispielsweise zwischen 1986 und heute die Beschäftigtenzahl im Wirtschaftszweig Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte um mehr als die Hälfte und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe um 47,4 %. In einem der zahlenmäßig bedeutendsten Wirtschaftszweige dieses Bereichs, dem Gesundheits- und Veterinärwesen, nahm die Zahl der Beschäftigten im zurückliegenden Zehn-Jahres-Zeitraum um 25 200 Personen oder 40,7 % zu. Heute sind dort 87 200 Menschen beschäftigt. Auch in der jüngsten Vergangenheit zeigen die drei genannten Wirtschaftszweige mit Zunahmen um 4,1 bzw. 2,9 und 1,9 % über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereichs (1,3 %) liegende Zuwachsraten.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30.6.1986 und 1996 nach ausgewählten
Wirtschaftsunterabteilungen, Geschlecht und Arbeitszeit

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	30. 6. 1986			30. 6. 1996			Veränderung 1996 zu 1986		
		ins-gesamt	darunter Frauen		ins-gesamt	darunter Frauen		ins-gesamt	darunter Frauen	
			zu-sammen	in Teilzeit		zu-sammen	in Teilzeit		zu-sammen	in Teilzeit
		Anzahl						%		
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	17 624	4 127	415	13 182	3 625	677	-25,2	-12,2	63,1
1 - 3	Produzierendes Gewerbe	529 272	117 018	11 960	493 203	107 486	17 819	-6,8	-8,1	49,0
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	13 873	2 449	564	13 698	2 834	873	-1,3	15,7	54,8
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	432 351	108 185	10 393	394 651	95 929	14 779	-8,7	-11,3	42,2
	darunter									
20	Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	71 820	13 597	1 860	66 213	13 242	2 711	-7,8	-2,6	45,8
24, 25 07 1	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, ADV-Geräte	116 655	16 842	1 683	108 108	16 317	2 644	-7,3	-3,1	57,1
25(ohne 25 07 1)	Elektrotechnik (ohne ADV-Geräte), Feinmechanik, EBM-Waren	52 139	17 360	1 417	49 634	16 115	2 331	-4,8	-7,2	64,5
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	41 913	9 335	1 445	44 538	10 453	1 719	6,3	12,0	19,0
27	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	33 100	21 480	1 371	17 223	9 963	1 016	-48,0	-53,6	-25,9
28 - 9	Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	39 129	15 682	1 312	36 868	17 086	2 623	-5,8	9,0	99,9
3	Baugewerbe	83 048	6 384	1 003	84 854	8 723	2 167	2,2	36,6	116,1
	darunter									
30	Bauhauptgewerbe	59 043	3 377	505	57 495	4 809	1 147	-2,6	42,4	127,1
4 - 5	Handel und Verkehr	177 984	85 751	23 567	205 458	101 128	37 933	15,4	17,9	61,0
4	Handel	135 671	73 856	18 101	158 163	87 335	31 149	16,6	18,3	72,1
	darunter									
43	Einzelhandel	83 620	56 136	15 234	95 640	64 897	26 183	14,4	15,6	71,9
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	42 313	11 895	5 466	47 295	13 793	6 784	11,8	16,0	24,1
6 - 9	Sonstige Wirtschaftsbereiche	365 483	212 588	47 994	452 809	289 220	92 685	23,9	36,0	93,1
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	35 977	18 192	3 704	40 102	22 160	6 091	11,5	21,8	64,4
7	Dienstleistungen, a.n.g.	199 685	136 513	26 968	288 998	199 365	58 030	44,7	46,0	115,2
	darunter									
70 0	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	36 220	24 369	3 083	53 379	37 106	8 784	47,4	52,3	184,9
70 1 - 2	Reinigung, Körperpflege	17 229	13 963	1 799	19 879	15 994	4 630	15,4	14,5	157,4
70 6 - 8	Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	46 395	29 559	10 468	60 771	41 661	17 189	31,0	40,9	64,2
71 0 - 1	Gesundheits- und Veterinärwesen	61 988	50 235	8 626	87 201	71 954	20 770	40,7	43,2	140,8
8	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	19 442	13 310	3 623	29 463	19 774	8 303	51,5	48,6	129,2
9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	110 379	44 573	13 699	94 246	47 921	20 261	-14,6	7,5	47,9
90	Gebietskörperschaften	102 230	39 465	12 500	83 414	40 568	18 050	-18,4	2,8	44,4
96	Sozialversicherung	8 149	5 108	1 199	10 832	7 353	2 211	32,9	44,0	84,4
-	Ohne Angabe	11	4	-	27	17	-	145,5	325,0	-
	Insgesamt	1 090 374	419 488	83 936	1 164 679	501 476	149 114	6,8	19,5	77,7

1) Systematik der Wirtschaftszweige (Fassung für die Berufszählung 1970), Kurzbezeichnungen.

Völlig anders verlief die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Abteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, wo im Berichtsjahr 14,6 % weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt wurden als 1986. Die Abnahme beruht dabei nur auf dem Rückgang im Wirtschaftszweig Gebietskörperschaften. Hier arbeiteten 1996 rund 18 800 Menschen bzw. 18,4 % weniger als zehn Jahre zuvor. Auch zwischen 1995 und 1996 sind weiterhin Arbeitsplatzverluste eingetreten (- 2,2 %), ein Indiz dafür, daß diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Anders als die Gebietskörperschaften wies der Wirtschaftszweig Sozialversicherung in der vergangenen Dekade ein mit 32,9 % beachtliches Beschäftigungswachstum auf. Mit gut 10 800 Arbeitnehmern Ende Juni 1996 ist dieser Wirtschaftszweig aber bisher zahlenmäßig nur von untergeordneter Bedeutung.

Ende Juni 1996 gab es rund 161 800 Teilzeitbeschäftigte

Bei den 1,165 Mill. Beschäftigten Ende Juni 1996 handelte es sich um rund 1,003 Mill. Vollzeitbeschäftigte und gut 161 800 Teilzeitbeschäftigte. Von dem Anstieg der Beschäftigtenzahl seit 1986 um 74 300 Arbeitnehmer oder 6,8 % entfielen nur 3 000 auf Vollzeitbeschäftigte. Das entsprach einer Zunahme um 0,3 %. Demgegenüber nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im gleichen Zeitraum um 71 300 zu, ein Anstieg um 78,7 %. Bei der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung muß die Entwicklung bei den geringfügig Beschäftigten, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen und deren Zahl nicht exakt beziffert werden kann, unberücksichtigt bleiben. Betrachtet man die Entwicklung zwischen 1995 und 1996, zeigt sich, daß dem

Rückgang der Vollzeitbeschäftigten in Höhe von über 16 300 nur eine Zunahme der Zahl der Teilzeitbeschäftigten um knapp 5 500 gegenübersteht. Heute haben 13,9 % aller Beschäftigten eine Teilzeitarbeit, ein Jahr davor waren es 13,3 %. Vor zehn Jahren gingen erst 8,3 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Teilzeitbeschäftigung nach.

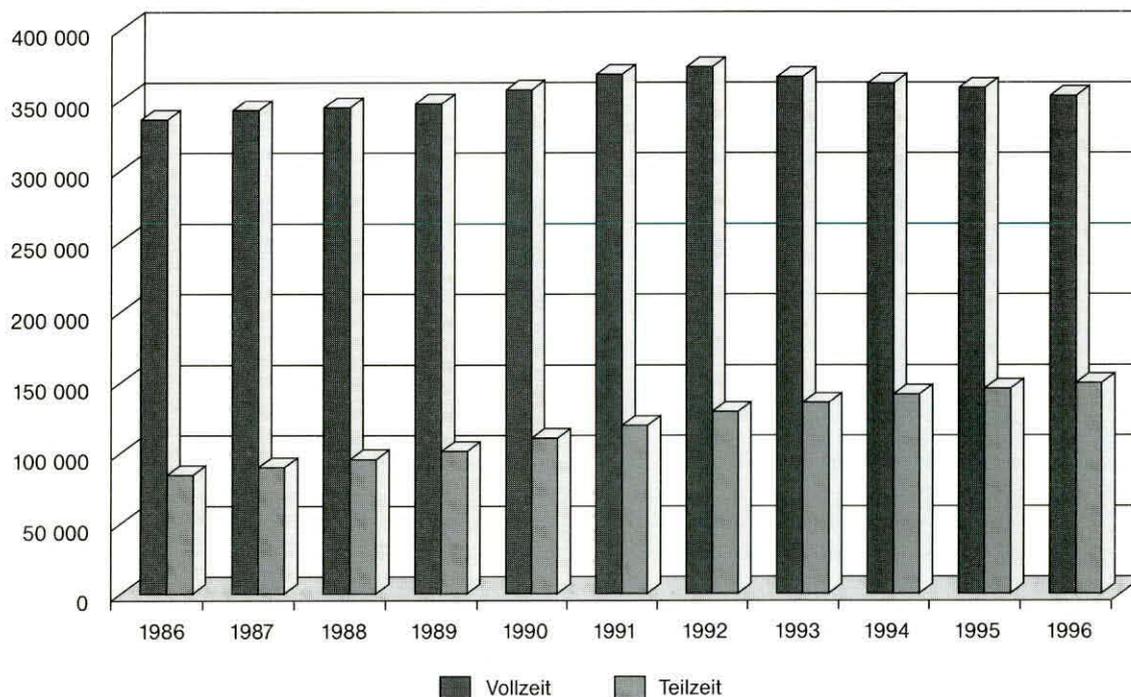
Teilzeitarbeit wird immer noch in erster Linie von Frauen verrichtet. Am 30. Juni 1996 waren 92,1 % aller Teilzeitbeschäftigten weiblich, 1995 lag der Anteil mit 92,9 % etwas höher. Hier hat sich in den vergangenen zehn Jahren allerdings keine wesentliche Veränderung ergeben.

Von den 1996 beschäftigten knapp 501 500 Frauen gingen gut 149 100 oder 29,7 % einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Vorjahr lag dieser Anteil bei 28,9 %, vor zehn Jahren war erst jede fünfte Arbeitnehmerin teilzeitbeschäftigt. In den verschiedenen Wirtschaftszweigen ist zum einen der Frauenanteil, zum anderen die Teilzeitbeschäftigungsquote der Frauen sehr unterschiedlich. So liegen in den meisten Zweigen des verarbeitenden Gewerbes die Anteile der Frauen unter dem Durchschnitt der Gesamtbeschäftigten von 43,1 %. Auch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten erreicht zumeist nicht den Gesamtwert von 29,7 %. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe sind etwas weniger als ein Viertel aller Beschäftigten Frauen, von diesen gehen 15,4 % einer Teilzeitarbeit nach. Eine Ausnahme innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung bilden das Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, wo Frauenanteile von 57,8 bzw. 46,3 % erreicht werden. Die Anteile der Teilzeitarbeit liegen mit 10,2 und 15,4 % aber weit unter dem Gesamtdurchschnitt aller beschäftigten Frauen. Ganz anders stellte

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1986 bis 1996 nach Geschlecht und Arbeitszeit

Jahr (30.6.)	Beschäftigte			Darunter Frauen			
	insgesamt	darunter Teilzeit		zusammen	darunter Teilzeit		
		Anzahl	%		Anzahl	%	
1986	1 090 374	90 548	8,3	419 488	83 936	20,0	
1987	1 106 335	96 428	8,7	431 709	89 547	20,7	
1988	1 115 318	101 936	9,1	439 247	95 050	21,6	
1989	1 128 276	108 157	9,6	447 365	100 680	22,5	
1990	1 165 059	117 477	10,1	466 385	109 799	23,5	
1991	1 197 788	126 744	10,6	486 546	118 817	24,4	
1992	1 213 360	136 985	11,3	501 470	128 631	25,7	
1993	1 191 478	144 189	12,1	501 035	135 202	27,0	
1994	1 178 333	150 769	12,8	502 267	141 027	28,1	
1995	1 175 565	156 390	13,3	503 303	145 322	28,9	
1996	1 164 679	161 848	13,9	501 476	149 114	29,7	
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %							
1987	1,5	6,5	X	2,9	6,7	X	
1988	0,8	5,7		1,7	6,1		
1989	1,2	6,1		1,8	5,9		
1990	3,3	8,6		4,3	9,1		
1991	2,8	7,9		4,3	8,2		
1992	1,3	8,1		3,1	8,3		
1993	-1,8	5,3		-0,1	5,1		
1994	-1,1	4,6		0,2	4,3		
1995	-0,2	3,7		0,2	3,0		
1996	-0,9	3,5		-0,4	2,6		

Sozialversicherungspflichtig voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen 1986 bis 1996



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 94/97

sich die Lage 1996 im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr dar. Hier wurde fast die Hälfte der Beschäftigten von den Frauen gestellt, 37,5 % von ihnen hatten eine Teilzeitbeschäftigung. Im Einzelhandel lag der Frauenanteil mit 67,9 % besonders hoch. Auch die Teilzeitquote der Arbeitnehmerinnen erreichte hier mit 40,3 % einen sehr hohen Wert. Am höchsten war der Anteil der Arbeitnehmerinnen mit 63,9 % im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen, 32 % der Frauen waren teilzeitbeschäftigt. Eine Aufteilung dieses Bereichs macht aber große Unterschiede deutlich. Besonders hoch ist der Frauenanteil im Gesundheits- und Veterinärwesen mit 82,5 % und im Wirtschaftszweig Reinigung und Körperpflege (80,5 %). Die Teilzeitarbeitsquote der Frauen betrug in beiden Fällen 28,9 %. Aber auch in den Wirtschaftszweigen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte und Sozialversicherung waren 1996 mehr als zwei Drittel der Arbeitnehmer Frauen. Die Quoten für Teilzeitarbeit der Frauen dieser Wirtschaftszweige lagen dabei zwischen 23,7 und 42 %. Bei einer Bewertung dieser Ergebnisse darf allerdings nicht vergessen werden, daß Beamtinnen und Beamte in der vorliegenden Statistik ebensowenig berücksichtigt sind wie die Selbständigen, die in einigen der genannten Wirtschaftszweige eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Die meisten der genannten Wirtschaftszweige, die im Berichtsjahr durch besonders hohe Frauenanteile auffielen, hatten sowohl zwischen 1995 und 1996 als auch im längerfristigen Vergleich seit 1986 unterdurchschnittliche Steigerungsraten bei der Frauenbeschäfti-

gung zu verzeichnen, da in diesen Bereichen bereits in früheren Jahren ein weit über dem Gesamtwert liegender Frauenanteil gegeben war. Bei der Teilzeitbeschäftigung wurden allerdings zumeist überdurchschnittliche Zunahmen beobachtet. Das kann als Zeichen dafür angesehen werden, daß die Umstellung auf verstärkte Teilzeitarbeit in Wirtschaftszweigen mit hohem Frauenanteil noch nicht abgeschlossen ist und in den letzten Jahren sogar forciert wurde.

Über 40 % der Arbeitsplätze liegen in den kreisfreien Städten

Von den Ende Juni 1996 in Rheinland-Pfalz arbeitenden Beschäftigten hatten 41,5 %, das waren fast 483 600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihren Arbeitsplatz in einer der 12 kreisfreien Städte. Diese haben damit, bezogen auf die dort wohnende Bevölkerung (25,5 % der Landesbevölkerung), eine deutlich höhere Arbeitsplatzdichte als die Landkreise in ihrer Gesamtheit. In längerfristiger Betrachtung wird hier eine geänderte Verteilung sichtbar. Vor zehn Jahren waren sogar noch 44,2 % aller Beschäftigten in den kreisfreien Städten zu finden. Von der gesamten Zunahme der Beschäftigten um 74 300 Personen in dieser Dekade entfielen nur 1 000 auf die kreisfreien Städte (+ 0,2 %), während die Landkreise 73 300 Arbeitsplätze oder 12,1 % hinzugewannen.

Betrachtet man die Arbeitsplatzdichte, hier vereinfacht als Relation von Beschäftigten auf 1 000 Einwohner wiedergegeben, etwas näher, werden die Unter-

schiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen deutlich. In den Städten kommen durchschnittlich 476 dort tätige Arbeitnehmer auf 1 000 Personen der Hauptwohnbevölkerung. In den Kreisen sind es im Durchschnitt nur 230. Dabei schwanken die 1996 registrierten Werte in den kreisfreien Städten zwischen 581 in Ludwigshafen und 301 in Neustadt an der Weinstraße. Mehr als 500 Arbeitsplätze je 1 000 Einwohner haben auch die Stadt Koblenz (571) und die Landeshauptstadt Mainz mit 516 aufzuweisen. Bei den Kreisen wird die Rangliste von Neuwied und Birkenfeld mit 299 bzw. 288 Beschäftigten je 1 000 der Bevölkerung angeführt. Mit rund 280 folgen die Kreise Germersheim und Bad Kreuznach sowie der Westerwaldkreis auf den nächsten Plätzen. Am Ende dieser Reihe stehen die Landkreise Kaiserslautern und Kusel (jeweils rund 160) sowie der Landkreis Ludwigshafen, in dem auf 1 000 Bewohner nur 145 Arbeitsplätze kommen. Den stärksten Rückgang im Vergleich mit 1986 hatte bei den kreisfreien Städten Pirmasens mit – 169 zu verzeichnen. Bei den Landkreisen, in deren Gesamtheit in diesem Zeitraum die Relation unverändert blieb, hatten die Kreise Kaiserslautern und Südwestpfalz mit einem Minus von jeweils gut 50 die höchsten Verluste.

Die Städte mit der höchsten Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 1996 Ludwigshafen und Mainz, wo rund 97 000 bzw. 94 800 Arbeitnehmer gezählt wurden. An dritter Stelle stand Koblenz (gut 62 400), gefolgt von den Städten Kaiserslautern und Trier mit jeweils nicht ganz 50 000 Arbeitsplätzen für Arbeiter und Angestellte. Während die Städte Koblenz, Trier und Mainz in den zurückliegenden zehn Jahren ihre Beschäftigtenzahl zwischen 2 und 7,2 % erhöhen konnten, mußten Ludwigshafen und Kaiserslautern Einbußen um 1,7 bzw. 5,9 % verzeichnen. Besonders schlecht schnitt die Stadt Pirmasens in diesem Zeitraum ab. Hier wurden 1996 über ein Viertel weniger Beschäftigungsverhältnisse als 1986 registriert.

Bei den 24 Landkreisen standen im Berichtsjahr Mayen-Koblenz, Neuwied und der Westerwaldkreis mit jeweils über 50 000 Beschäftigten an der Spitze. Im Vergleich mit 1986 wiesen diese Kreise Zuwachsraten von mehr als 20 % auf, insgesamt entstanden dort in diesem Zeitraum rund 29 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Das waren allein in diesen drei Landkreisen 39,5 % aller seit damals in den Kreisen hinzugekommenen 73 300 Beschäftigungsverhältnisse. Noch höhere Zunahmen verzeichneten die Landkreise Ludwigshafen und Alzey-Worms mit 26,7 bzw. 31,2 %. Eine abnehmende Beschäftigtenzahl hatten in den letzten zehn Jahren 3 der 24 Landkreise. Am stärksten war der Rückgang mit – 18,3 % im Landkreis Südwestpfalz, dem früheren Landkreis Pirmasens. Hier nahm die Beschäftigtenzahl noch einmal um fast 3 900 auf jetzt 17 300 ab. Auch im Landkreis Kaiserslautern verlief die Entwicklung der letzten zehn Jahre negativ. Hier gab es 1996 noch rund 17 400 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, 12,4 % weniger als 1986. Der Landkreis Birkenfeld wies im gleichen Zeitraum ein Minus von 2,2 % auf, heute finden dort nicht ganz 26 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz.

Regional unterschiedliche Wirtschaftsschwerpunkte

Die Beschäftigten in wirtschaftlicher Gliederung weisen regional deutlich unterschiedliche Schwerpunkte auf. So werden die Stadt Ludwigshafen und der Landkreis Germersheim stark vom produzierenden Gewerbe dominiert; 62,8 bzw. 62,1 % aller Beschäftigten dieser Gebiete sind in einem Betrieb dieses Wirtschaftsbereichs tätig. Auch in der Stadt Frankenthal und in den Landkreisen Altenkirchen und Südwestpfalz sowie im Westerwaldkreis und im Donnersbergkreis zählten 1996 mehr als die Hälfte (über 53 %) der Arbeiter und Angestellten zum produzierenden Gewerbe. Demgegenüber spielt dieser Wirtschaftsbereich in den Städten Koblenz, Mainz und Neustadt an der Weinstraße eine stark untergeordnete Rolle. Im Jahr 1996 waren weniger als ein Viertel der Beschäftigten dieser Städte im Produktionssektor zu finden, ein weit unter dem Landesdurchschnitt von 42,3 % liegender Wert. In den Gebieten, die heute einen hohen Anteil an Beschäftigten des produzierenden Gewerbes haben, verlief die Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht einheitlich. So stand einem Verlust von 11,3 % in der Stadt Ludwigshafen ein Gewinn von 3,7 % im Landkreis Germersheim gegenüber. Der Landkreis Südwestpfalz hat heute 37,6 % weniger Beschäftigte im produzierenden Gewerbe als vor zehn Jahren. Auch bei der Stadt Frankenthal war mit einem Minus von 25,6 % ein starker Rückgang zu verzeichnen. Ebenfalls rückläufig, wenn auch mit – 10,2 bzw. – 4,2 % wesentlich niedriger, war die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Produktionsbereich beim Donnersbergkreis und im Landkreis Altenkirchen. Dagegen gibt es im Westerwaldkreis heute 7,6 % mehr Beschäftigte in diesem Wirtschaftsbereich als 1986.

Schwerpunkte des Wirtschaftsbereichs Handel und Verkehr sind in der Mehrzahl der kreisfreien Städte zu finden, von denen nur drei einen unter dem Landesdurchschnitt (17,6 %) liegenden Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich aufweisen. Mit 22,9 % stand Neustadt an der Weinstraße 1996 an der Spitze, Ludwigshafen bildete mit 11,5 % das Schlußlicht. Bei den Landkreisen wiesen zum gleichen Zeitpunkt Mayen-Koblenz, Mainz-Bingen, Ludwigshafen und Alzey-Worms die höchsten Beschäftigtenanteile im Bereich Handel und Verkehr auf. Gut jeder fünfte, in den beiden letztgenannten Kreisen sogar jeder vierte Arbeitnehmer war in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Die Entwicklung verlief im zurückliegenden Jahrzehnt, mit einem Plus von 15,4 % auf Landesebene, auch in den meisten kreisfreien Städten und Landkreisen positiv. Eine Ausnahme bildeten die Städte Trier, Kaiserslautern, Neustadt an der Weinstraße und Pirmasens sowie der Kreis Bad Kreuznach, wo 1996 weniger Beschäftigte im Bereich Handel und Verkehr gezählt wurden als 1986.

Vom Dienstleistungsbereich bestimmt wurden im Berichtsjahr die Städte Mainz, Koblenz und Neustadt an der Weinstraße. Jeweils mehr als die Hälfte aller Beschäftigten waren in diesem Sektor tätig. Weniger hohe, aber immer noch deutlich über dem Landesdurchschnitt von 38,9 % liegende Anteilswerte wiesen die Städte Trier und Landau in der Pfalz (jeweils rund 49 %) sowie Kaiserslautern und Speyer mit jeweils gut

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.1996 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Beschäftigte insgesamt	Davon im Wirtschaftsbereich				Beschäftigte je 1000 Einwohner
		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen	
	Anzahl	%				Anzahl
Koblenz, St.	62 444	0,4	24,1	22,4	53,1	571
Ahrweiler	28 152	1,6	38,6	16,5	43,3	224
Altenkirchen (Ww.)	33 255	0,9	51,9	17,1	30,0	246
Bad Kreuznach	43 851	1,6	41,6	16,9	39,8	281
Birkenfeld	26 080	1,0	41,5	16,2	41,3	288
Cochem-Zell	16 495	1,7	36,2	15,8	46,3	254
Mayen-Koblenz	52 490	0,9	43,6	20,2	35,3	256
Neuwied	53 486	0,8	49,9	16,9	32,4	299
Rhein-Hunsrück-Kreis	27 715	1,2	47,7	15,2	36,0	268
Rhein-Lahn-Kreis	27 610	1,2	43,0	13,5	42,3	217
Westerwaldkreis	54 810	1,2	53,9	16,1	28,8	279
RB Koblenz	426 388	1,0	42,8	17,6	38,6	286
Trier, St.	47 839	0,7	29,2	21,2	49,0	482
Bernkastel-Wittlich	31 998	1,9	46,8	16,3	34,9	282
Bitburg-Prüm	23 290	1,6	44,2	18,0	36,2	243
Daun	15 313	1,4	46,2	16,7	35,7	243
Trier-Saarburg	22 210	1,8	47,7	17,1	33,3	166
RB Trier	140 650	1,4	40,4	18,4	39,7	278
Frankenthal (Pfalz), St.	15 816	0,2	53,1	18,6	28,0	326
Kaiserslautern, St.	49 983	0,2	33,3	19,1	47,4	491
Landau i. d. Pfalz, St.	16 769	0,5	28,8	22,1	48,6	420
Ludwigshafen a. Rh., St.	96 976	0,5	62,8	11,5	25,2	581
Mainz, St.	94 759	0,3	24,4	17,5	57,7	516
Neustadt a. d. Weinstr., St.	16 187	1,3	24,7	22,9	51,1	301
Pirmasens, St.	20 649	0,2	44,4	21,4	34,0	432
Speyer, St.	22 181	0,3	31,8	20,4	47,5	447
Worms, St.	26 635	0,6	42,7	21,5	35,2	332
Zweibrücken, St.	13 313	0,8	45,2	16,2	37,8	370
Alzey-Worms	19 287	2,7	33,6	25,8	37,9	164
Bad Dürkheim	26 512	2,5	38,6	15,7	43,3	203
Donnersbergkreis	16 504	1,2	53,3	11,2	34,3	216
Germersheim	33 689	1,1	62,1	10,6	26,2	282
Kaiserslautern	17 430	1,9	40,9	15,3	41,9	160
Kusel	12 607	0,9	48,8	13,0	37,2	159
Südliche Weinstraße	21 653	1,7	39,5	19,2	39,6	202
Ludwigshafen	20 844	7,3	39,1	24,9	28,8	145
Mainz-Bingen	38 529	2,2	43,6	23,3	30,9	205
Südwestpfalz	17 318	1,8	53,2	16,4	28,6	164
RB Rheinhessen-Pfalz	597 641	1,1	42,5	17,5	38,9	301
Rheinland-Pfalz	1 164 679	1,1	42,3	17,6	38,9	292
Kreisfreie Städte	483 551	0,4	37,3	18,3	43,9	476
Landkreise	681 128	1,6	45,9	17,2	35,3	230

47 % auf. Bei den Landkreisen hatten, nicht zuletzt wegen der Bedeutung des Fremdenverkehrs, die Kreise Ahrweiler, Birkenfeld, Cochem-Zell, Bad Dürkheim und Kaiserslautern sowie der Rhein-Lahn-Kreis mehr als 40 % ihrer Angestellten und Arbeiter im Dienstleistungsbereich. Prozentual gering war im Berichtsjahr die Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs in der Stadt Frankenthal, im Westerwaldkreis sowie in den Landkreisen Germersheim, Ludwigshafen und Südwestpfalz. In diesen Gebieten gehörten nur zwischen 26 und 29 % aller Beschäftigten zum Dienstleistungssektor. Die Entwicklung dieses Bereichs, dessen Arbeitsplatzzahl sich seit 1986 im Landesdurchschnitt um 23,9 % erhöht hat, fiel nur in der Stadt Pirmasens mit einem Minus von

27,6 % stark negativ aus, während die Mehrzahl der anderen kreisfreien Städte eine Zunahme der Beschäftigtenzahl des Dienstleistungsbereichs um mehr als 20 % verzeichnen konnte. Nur einer der 24 Landkreise, nämlich Kaiserslautern, hatte 1996 weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftsbereich als vor zehn Jahren, in einem Kreis (Birkenfeld) blieb die Beschäftigtenzahl im Dienstleistungsbereich praktisch unverändert. Hauptursache für diese Entwicklung war in beiden Fällen der starke Abbau ziviler Arbeitsplätze bei Bundeswehr und Stationierungstreitkräften.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Sozialer Wohnungsbau 1996

Die Bewilligungsstatistik knüpft unmittelbar an das bei den Bewilligungsstellen für den sozialen Wohnungsbau anfallende Datenmaterial an. Sie ist damit eine reine Sekundärstatistik und ihrem Charakter nach mit einer Finanzierungsstatistik vergleichbar. Im Zuge des Bewilligungsverfahrens werden die von den Antragstellern eingereichten Unterlagen für das zu fördernde Bauvorhaben nach technischen und finanziellen Gesichtspunkten geprüft. Erst im Anschluß an diese Prüfung erfolgt gegebenenfalls – sofern Fördermittel vorhanden sind – der Bewilligungsbeschluß, der für den Zeitpunkt der statistischen Erfassung maßgebend ist. So gesehen ist die Bewilligungsstatistik eine Statistik der Bewilligungsakte und hat keinen unmittelbaren Bezug zur Bauausführung.

Die Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau erstreckt sich auf Bauvorhaben von Wohnraum, die mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden. Außerdem wird der Erwerb vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien erfaßt, soweit er mit öffentlichen Geldern gefördert wurde.

Als Erhebungseinheit gilt in der Bewilligungsstatistik jeweils der einzelne Förderungsfall. Er kann ein oder mehrere Gebäude gleicher Gebäudeart umfassen (z. B. Einfamilienhäuser), für die einheitliche Lasten- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt wurden. Bei Einzelbauherren wird jedoch der Förderungsfall in der Regel mit dem geförderten Gebäude identisch sein.

Über die Auswirkungen der Wohnungsbauförderung ist nach § 32 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes eine Bundesstatistik zu führen, in der Lage und Größe der Baugrundstücke, Bauherren, Gebäudearten, Eigentumsverhältnisse, Fläche, Rauminhalt, Ausstattung, Zweckbindung, veranschlagte Gesamtkosten, Art und Umfang der Finanzierung sowie Durchschnittsmiete und -belastung erfaßt und dokumentiert werden.

Die amtliche Bewilligungsstatistik als Leistungsnachweis der staatlichen Wohnungsbauförderung soll möglichst umfassend und objektiv über alle vom Staat im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Bauvorhaben unterrichten. Darüber hinaus informiert die Statistik laufend über strukturelle Veränderungen des Förderungsvolumens und der Finanzierungsformen sowie über die unterschiedliche regionale Intensität der Wohnungsbauförderung.

Fördervarianten

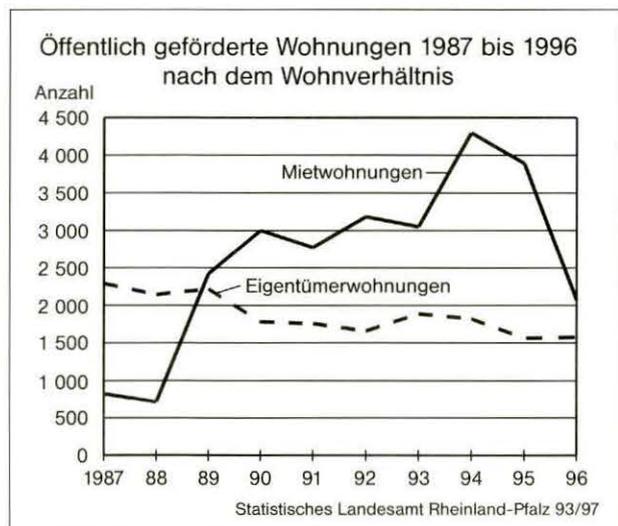
Die Bewilligungsstatistik differenziert drei Förderungswege (1. bis 3. Förderungsweg), innerhalb derer heute auch verschiedene „Untervarianten“ der Wohnungsbauförderung subsumiert werden. Neue Förderinstrumente, die außerhalb des 1. bis 3. Förderungsweges angesiedelt sind, werden im Verbund der amtlichen Statistik (noch) nicht erfaßt, sind aber teilweise bereits anzeigepflichtig (Wohnungsmodernisierungen).

Es besteht daher zwischen dem gesetzlich geforderten statistischen (Mindest-)Nachweis (§ 32 II. WoBauG) und den „Instrumenten“ einer sich wandelnden öffentlichen Wohnungsbauförderung eine Diskrepanz, die zwangsläufig zu einem Informationsdefizit über den sozialen Wohnungsbau führen muß. Diese Informationslücke gilt es zu schließen.

Im 1. Förderungsweg wird der Bau von Wohnungen für den nach § 25 II. WoBauG begünstigten Personenkreis gefördert, und zwar mit öffentlichen Mitteln im Sinne des § 6 Abs. 1 II. WoBauG. Der 1. Förderungsweg umfaßt damit den traditionellen „öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau“.

Im 2. Förderungsweg werden mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten, die nicht als öffentliche Mittel im Sinne des § 6 Abs. 1 II. WoBauG gelten, Bauvorhaben im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaus auch für Personen mit höherem Einkommen gefördert. Die im 2. Förderungsweg geförderten Wohnungen sind in der Regel nur solchen Personen zu überlassen, die gemäß § 88 a durch den Bezug der Wohnung eine öffentlich geförderte Wohnung frei machen oder deren Jahreseinkommen die in § 25 II. WoBauG bestimmte Einkommensgrenze nicht um mehr als 60 v. H. übersteigt.

Im 3. Förderungsweg werden gemäß § 88 d II. WoBauG Mittel aus öffentlichen Haushalten zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus abweichend von den Vorschriften der §§ 88 a-c vergeben. Mit dem 3. Förderungsweg wurde im Jahre 1989 ein weiterer Förderweg eröffnet, der sich von den bisherigen Förderwegen insbesondere dadurch unterscheidet, daß die vom Staat gewährte Objektsubvention nicht mehr aus dem Kostenmietrecht abgeleitet wird und die Mietzins- und die Belegungsbindung von vornherein zeitlich begrenzt werden können. In der Fassung vom 14. August 1990 (BGBl. I S. 1730) sieht die Vorschrift des § 88 d II. WoBauG eine vereinbarte Förderung vor, bei der zwischen Bauherr und Darlehens- bzw. Zuschußgeber vertraglich abzuschließende Bestimmungen über Höhe und Einsatzart der Mittel, Mietbindung, Zweckbestim-



Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1987 bis

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988	1989
Geförderte Wohnungen insgesamt ¹⁾	Anzahl	3 115	2 856	4 638
1. Förderungsweg	Anzahl	1 937	1 646	2 414
2. Förderungsweg	Anzahl	1 178	1 210	933
3. Förderungsweg ²⁾	Anzahl	–	–	1 291
Von den geförderten Wohnungen waren				
Eigentums- bzw. Eigentümerwohnungen	Anzahl	2 290	2 144	2 219
Mietwohnungen	Anzahl	825	712	2 419
Wohnungen in Einfamilienhäusern	Anzahl	1 833	1 864	1 953
Wohnungen in Zweifamilienhäusern	Anzahl	324	165	195
Wohnungen im Mehrfamilienhäusern	Anzahl	752	652	2 286
Eigentumswohnungen	Anzahl	205	175	204
Geförderte Wohngebäude ^{3) 4)}	Anzahl	2 046	1 946	2 224
Wohngebäude mit 1 Wohnung	Anzahl	1 776	1 818	1 895
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	Anzahl	227	90	107
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	43	38	221
Finanzierungsmittel insgesamt	1 000 DM	889 528	805 666	1 139 010
davon im				
1. Förderungsweg	1 000 DM	508 853	427 276	610 870
2. Förderungsweg	1 000 DM	380 675	378 390	298 899
3. Förderungsweg ²⁾	1 000 DM	–	–	229 241
Öffentliche Mittel	1 000 DM	146 427	125 331	235 673
davon im				
1. Förderungsweg	1 000 DM	146 427	125 331	188 535
3. Förderungsweg ²⁾	1 000 DM	–	–	47 138
Kapitalmarktmittel	1 000 DM	424 809	395 686	467 762
Sonstige Mittel	1 000 DM	318 292	284 649	435 575
darunter Eigenleistungen	1 000 DM	279 381	259 818	366 240

1) Ohne Erwerb vorhandener Wohnungen. – 2) Ab 1989. – 3) Errichtung neuer Gebäude. – 4) Einschl. Wohnheime, einschl. Sanierungsmaßnahmen.

mung, Einkommensgrenzen, Höhe des Mietzinses und Vertragsänderungen während der Laufzeit sowie die Folgen der Vertragsverletzung getroffen werden. Die nach § 88 d Abs. 1 II. WoBauG geförderten Wohnungen sind kein preisgebundener Wohnraum.

Amtliche Statistik und aktuelle Förderpraxis

Die Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau ist Teil der nach § 32 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes zu führenden Bundesstatistik und berücksichtigt die Vorgaben dieser Statistik. Die Bundesstatistik weicht jedoch in wesentlichen Punkten von der durch die Landestreuhandstelle Rheinland-Pfalz, Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz, für das Ministerium der Finanzen zu führenden Kontingentskontrolle der Wohnungsbauprogramme ab.

So enthält die Bundesstatistik keine Angaben über das Sonderprogramm „Kostengünstiges elementiertes Bauen“ (KEB), die „Einkommensorientierte Förderung“ (EOF) und den Erwerb von Belegungsbindungen. Ebenso unberücksichtigt bleiben in der amtlichen Verbundstatistik Sonderförderprogramme wie das Teil-

programm „Wohnungsnotstände“ und die Förderung von Konversionsmaßnahmen im Rahmen der Umwidmung in Sozial- und Eigentümerwohnungen.

Darüber hinaus wurde bislang die öffentlich geförderte „Modernisierung von Wohnungen“ im Veröffentlichungsprogramm der Länder nicht nachgewiesen. Ab dem Berichtsjahr 1997 erfolgt in der amtlichen Statistik gemäß § 17 a II. WoBauG eine separate Nachweisführung. Hierzu übermitteln die Bewilligungsstellen dem Statistischen Landesamt Gesamtergebnisse für das Kalenderjahr. Die Erhebungstatbestände beschränken sich dabei auf die wichtigsten Eckdaten wie Anzahl der Wohnungen, Wohnfläche, Gesamtkosten und Förderungsmittel (Bundes- bzw. Landesmittel, 1. Jahresrate bei objektbezogenen Beihilfen). Damit wird eine der vorhandenen Informationslücken zwischen amtlicher Statistik und aktueller Förderpraxis ab dem 1. Januar 1997 geschlossen.

Die entstandene Lücke zwischen einer sich wandelnden Bewilligungspraxis und den gesetzlichen Vorgaben für die amtliche Nachweisführung der Bewilligungsstatistik hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz veranlaßt, erstmals für das Berichtsjahr 1996 in einer Publikation über die gesetzlichen Mindestanfor-

1996 nach Gebäudearten, Wohnverhältnis und Finanzierungsmitteln

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
4 777	4 530	4 840	4 940	6 123	5 457	3 647
2 440	2 402	2 457	1 451	900	718	728
563	584	1 055	1 321	1 189	996	1 076
1 774	1 544	1 328	2 168	4 034	3 743	1 843
1 778	1 755	1 658	1 888	1 822	1 565	1 575
2 999	2 775	3 182	3 052	4 301	3 892	2 072
1 477	1 402	1 302	1 434	1 222	1 070	1 224
355	334	389	353	438	440	314
2 730	2 541	2 994	2 952	4 130	3 690	1 977
215	253	155	201	333	257	132
2 004	1 930	1 949	2 161	2 069	1 870	1 672
1 448	1 375	1 285	1 417	1 193	1 041	1 198
235	247	309	301	330	331	254
321	307	355	443	546	498	220
1 151 900	1 138 620	1 322 868	1 361 965	1 614 275	1 462 267	1 066 089
636 128	644 897	661 856	411 194	276 649	252 364	243 506
184 653	201 142	384 917	519 941	495 460	417 253	457 335
331 119	292 581	276 095	460 830	842 166	792 650	365 248
284 039	291 823	339 379	250 708	322 000	271 365	188 263
210 818	234 046	270 138	159 611	95 724	74 739	68 569
73 221	57 777	69 241	91 097	226 276	196 626	119 694
419 110	421 892	495 422	617 289	721 781	674 405	542 790
448 751	424 905	488 067	493 968	570 494	516 497	335 036
361 561	359 537	400 159	411 955	464 662	437 941	313 429

derungen des § 32 II. WoBauG hinauszugehen und auch die Ergebnisse der „Sonderförderung“ zu veröffentlichen (siehe Statistischer Bericht „Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1996“, Reihe F II 5 – j/96, Seite 2).

3 647 Wohnungen öffentlich gefördert

Im Jahre 1996 wurden in Neubauten insgesamt 3 647 Wohnungen öffentlich gefördert, das sind gut 33 % weniger als im Vorjahr (5 457). Während die Zahl der subventionierten Wohnungen im 1. Förderungsweg mit 728 (Vorjahr 718) nahezu konstant blieb, war im 2. Förderungsweg (1 076 Wohnungen) ein Zuwachs von 8 % gegenüber 1995 (996) zu verzeichnen. Der Gesamtrückgang ist demnach ausschließlich auf eine gemessen an der Zahl der Wohnungen geringere Fördertätigkeit im 3. Förderungsweg zurückzuführen, in dem der Bau von Mietwohnungen öffentlich bezuschußt wird. Im Jahre 1996 wurden 1 843 Einheiten mit der vertraglich vereinbarten Förderung des 3. Förderungsweges bewilligt, gut 50 % weniger als 1995 (3 743).

Daß diese Entwicklung eintreten würde, war an der stark rückläufigen Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen im Geschoßwohnungsbau des Jahres 1996 ables-

bar. Der Nachfrageeinbruch von rund 6 600 genehmigten Mietwohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden (- 39 %) spiegelt sich naturgemäß voll in der öffentlichen Mietwohnungsbauauforderung wider.

Die Gründe für die um rund 1 900 Wohnungen geringere Anzahl an bewilligten Sozialwohnungen liegen in einem insgesamt schwächer steigenden, regional sogar stagnierenden oder sinkenden Mietwohnungsbedarf, zu dem ein geringerer Außenwanderungssaldo, ein durch die hohe Zahl der Baufertigstellungen verbesserter Versorgungsgrad mit Wohnraum (432 je 1 000 der Bevölkerung) und der Abbau von Stationierungstreitkräften – hierdurch wurden seit Beginn des Truppenabbaus mehr als 10 000 Wohnungen dem Wohnungsmarkt zusätzlich zugeführt bzw. freigemacht – beigetragen haben.

Förderschwerpunkt noch bei Mietwohnungen

Von den im Jahre 1996 öffentlich geförderten Wohnungen des 1. bis 3. Förderungsweges waren 1 575 Eigentümer- bzw. Eigentumswohnungen (1995: 1 565). Das sind rund 43 % der innerhalb der amtlichen Statistik (ohne Erwerb vorhandener Wohnungen) nachgewiesenen Wohneinheiten.

Förderungsvolumen 1996 nach Gebäudearten und Förderungswegen

Gebäudeart	Förderungsfälle	Gebäude (Neubau)	Geförderte Wohnfläche	Geförderte Wohnungen			
				insgesamt	und zwar		
					in Neubauten		vom Gebäude-eigentümer genutzt
					zusammen	Fertigteilbau	
Anzahl		1 000 m ²	Anzahl				
Förderung insgesamt							
Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	1 711	1 672	332	3 515	3 219	93	1 447
Wohngebäude mit 1 Wohnung	1 223	1 198	161	1 224	1 198	78	1 219
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	267	254	35	314	288	15	228
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	221	220	136	1 977	1 733	-	-
Wohnheime	-	-	-	-	-	-	-
Von den Wohngebäuden ohne Eigentumswohnungen sind Familienheime	1 443	1 410	190	1 443	1 410	93	1 443
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	110	.	13	132	127	-	.
I n s g e s a m t	1 821	1 672	345	3 647	3 346	93	1 447
1. Förderungsweg							
Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	446	438	74	707	686	25	435
Wohngebäude mit 1 Wohnung	379	370	48	379	370	22	379
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	57	56	7	58	57	3	56
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	10	12	19	270	259	-	-
Wohnheime	-	-	-	-	-	-	-
Von den Wohngebäuden ohne Eigentumswohnungen sind Familienheime	433	423	55	433	423	25	433
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	21	.	2	21	19	-	.
Z u s a m m e n	467	438	76	728	705	25	435
2. Förderungsweg							
Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	1 012	989	135	1 012	989	68	1 012
Wohngebäude mit 1 Wohnung	840	824	113	840	824	56	840
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	172	165	22	172	165	12	172
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	-	-	-	-	-	-	-
Wohnheime	-	-	-	-	-	-	-
Von den Wohngebäuden ohne Eigentumswohnungen sind Familienheime	1 010	987	135	1 010	987	68	1 010
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	64	.	8	64	61	-	64
Z u s a m m e n	1 076	989	143	1 076	1 050	68	1 012
3. Förderungsweg							
Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	253	245	123	1 796	1 544	-	-
Wohngebäude mit 1 Wohnung	4	4	-	5	4	-	-
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	38	33	6	84	66	-	-
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	211	208	117	1 707	1 474	-	-
Wohnheime	-	-	-	-	-	-	-
Von den Wohngebäuden ohne Eigentumswohnungen sind Familienheime	-	-	-	-	-	-	-
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	25	.	3	47	47	.	47
Z u s a m m e n	278	245	126	1 843	1 591	-	47

Die Mehrzahl der Wohnungen (57 %) waren auch im Jahre 1996 Mietwohnungen (2 072), jedoch verengt sich die „Schere“ zwischen Eigentümer- und Mietwohnungen zusehends. Für 1997 ist damit zu rechnen, daß erstmals seit 1988 wieder mehr Eigentümerwohnungen als Mietwohnungen öffentlich gefördert werden. Ein Indikator dafür ist der Zuwachs der Eigenheimbewilligungen. 1996 wurden 1 224 Einfamilienhäuser bewilligt, gut 14 % mehr als 1995 (1 070). In allen anderen Gebäudearten – auch bei Eigentumswohnungen – waren 1996 gegenüber 1995 geringere Fallzahlen zu beobachten.

So war für bewilligte Zweifamilienhauswohnungen (314) ein Rückgang von fast 29 % und bei Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern (1 977) von über 46 % festzustellen. Auch Bewilligungsanträgen für Eigentumswohnungen – meist in Geschoßwohnbauten liegend – wurde 1996 seltener stattgegeben. Nach 257 Einheiten (1995) kamen im abgelaufenen Berichtsjahr die Eigentümer von 132 Eigentumswohnungen (–49 %) in den Genuß der Fördermittel.

Insgesamt wurden 1996 im Rahmen der amtlichen Statistik 1 821 Förderungsfälle registriert (1995: 2 044). Die öffentliche Förderung betraf 1 672 neue Wohngebäude (1 870) mit einer Gesamtwohnfläche von 332 000 m². Im Schnitt beziffert sich die geförderte Wohnfläche je Gebäude auf knapp 200 m². Je Wohneinheit wurden (ohne Eigentumswohnungen) 94,5 m² an Fläche subventioniert. Die geförderte Wohnfläche des Jahres 1995 hatte mit 473 000 m² höher gelegen. Je Gebäude waren im Vorjahr mit 252 m² durchschnittlich mehr, je Wohnung mit 91 m² aber etwas weniger an Fläche öffentlich gefördert worden.

Finanzierungsmittel und Finanzierungsquellen

Je nach Mittelherkunft differenziert die Bewilligungsstatistik drei Finanzierungsquellen, aus denen sich die Finanzierung der geförderten Bauvorhaben zusammensetzt. Im einzelnen handelt es sich dabei um Mittel aus öffentlichen Haushalten, Kapitalmarktmittel und sonstige Mittel, die in der Hauptsache aus Eigenleistungen der Bauherren bestehen.

Die Mittel aus öffentlichen Haushalten untergliedern sich in Bundes- bzw. Landesmittel sowie Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände. Bei den Kapital-

marktmitteln nutzen die Bauherren die ganze Bandbreite an Kreditinstituten und Versicherungen (Sparkassen, Geschäftsbanken, Pfandbriefinstitute, Versicherungen, Bausparkassen, Sozialversicherungen usw.) für die Finanzierung ihrer Projekte. Sonstige Mittel sind die vom Bauherren zu erbringenden Eigenleistungen, aber auch Arbeitgeberdarlehen, Aufbaudarlehen, Mieterdarlehen sowie sonstige aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellte Mittel sind denkbare Finanzierungsalternativen.

Für den Bau von Sozialwohnungen waren 1996 insgesamt knapp 1,1 Mrd. DM zu finanzieren. Dabei stammten gut 188 Mill. DM aus öffentlichen Haushalten (18 %), rund 543 Mill. DM vom Kapitalmarkt (51 %), und 335 Mill. DM waren sonstige Mittel (31 %). Innerhalb der sonstigen Mittel waren die Eigenleistungen, (313 Mill. DM) von herausragender Bedeutung, denn ihr Anteil betrug gut 29 % am gesamten Finanzierungsvolumen.

Die schwächer tendierende Mietwohnungsnachfrage hatte zur Folge, daß 1996 weit weniger öffentliche Mittel (188 Mill. DM) im Sozialbau eingesetzt werden konnten. Für die Bauvorhaben des Bewilligungsjahres 1996 wurden rund 83 Mill. DM bzw. 31 % weniger an Mitteln aus öffentlichen Haushalten benötigt als 1995 (271 Mill. DM). Auf die im 1. Förderungsweg geförderten Bauprojekte entfielen Fördermittel in Höhe von knapp 69 Mill. DM; hier war der Mitteleinsatz gegenüber der Vorperiode (75 Mill. DM) schwach rückläufig. Dagegen reduzierte sich der Mitteleinsatz für Projekte des 3. Förderungsweges (Mietwohnungsbau) von gut 196 Mill. DM (1995) auf knapp 120 Mill. DM (–39 %).

Die Gesamtfinanzierung der im 1. Förderungsweg geförderten Sozialwohnungen bezifferte sich 1996 auf rund 243 Mill. DM (1995: 252 Mill. DM). Für die im 2. Förderungsweg mit Aufwandsdarlehen (keine öffentlichen Mittel im engeren Sinne) geförderten 1 076 Wohnungen waren dagegen mit 457 Mill. DM Gesamtkosten etwa 40 Mill. DM bzw. 10 % mehr in Ansatz zu bringen als 1995 (417 Mill. DM). Im Bereich der vertraglich geförderten Wohnobjekte (3. Förderungsweg) sahen die Finanzierungen nach veranschlagten Gesamtkosten von fast 793 Mill. DM (1995) im Jahre 1996 nur noch rund 365 Mill. DM vor (–54 %).

Finanzierungsmittel im sozialen Wohnungsbau 1990 bis 1996 nach Finanzierungsquellen

Jahr	Insgesamt	Mittel aus öffentlichen Haushalten		Kapitalmarktmittel		Sonstige Mittel			
						zusammen		darunter Eigenleistung	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1990	1 151 900	284 039	24,7	419 110	36,4	448 751	39,0	361 561	31,4
1991	1 138 620	291 823	25,6	421 892	37,1	424 905	37,3	359 537	31,6
1992	1 322 868	339 379	25,7	495 422	37,5	488 067	36,9	400 159	30,2
1993	1 361 965	250 708	18,4	617 289	45,3	493 968	36,3	411 955	30,2
1994	1 614 275	322 000	19,9	721 781	44,7	570 494	35,3	464 622	28,8
1995	1 462 267	271 365	18,6	674 405	46,1	516 497	35,3	437 941	29,9
1996	1 066 089	188 263	17,7	542 790	50,9	335 036	31,4	313 429	29,4
1990 - 1996	9 117 984	1 947 577	21,4	3 892 689	42,7	3 277 718	35,9	2 749 204	30,2

Veranschlagte Finanzierungsmittel nach Finanzierungsquellen 1996

Finanzierungsquelle	Förderung insgesamt	1. Förderungs- weg	Darunter für Wohngebäude mit			2. Förderungs- weg	3. Förderungs- weg
			1 und 2	3 und mehr	Eigentums- wohnungen		
			Wohnungen				
1 000 DM							
Mittel aus öffentlichen Haushalten							
Bundes- / Landesmittel							
für den 1. Förderungsweg	68 569	68 569	37 134	29 985	1 450	-	-
Familienzusatzdarlehen	3 469	3 469	3 370	-	99	-	-
für den 3. Förderungsweg	119 694	-	-	-	-	-	119 694
Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	188 263	68 569	37 134	29 985	1 450	-	119 694
Kapitalmarktmittel							
Pfandbriefinstitute	27 548	5 111	4 311	800	-	11 320	11 117
Sparkassen	181 641	40 575	32 425	6 240	1 910	90 603	50 463
Privatversicherungen	28 714	3 784	3 784	-	-	19 657	5 273
Sozialversicherungen	8 160	2 619	2 105	-	514	5 541	-
Bausparkassen	62 508	11 340	10 915	-	426	46 441	4 727
Sonstige Geldinstitute	234 219	47 018	35 721	10 045	1 252	113 670	73 531
Zusammen	542 790	110 447	89 261	17 085	4 102	287 232	145 111
Sonstige Mittel							
Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse	4 825	1 117	1 069	-	48	3 708	-
Aufbaudarlehen und Haupt- entschädigung	1 408	593	568	-	25	815	-
Sonstige aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellte Mittel	1 588	262	229	-	33	341	985
Mieterdarlehen und Mietvoraus- zahlungen	-	-	-	-	-	-	-
Eigenleistungen	313 429	60 796	49 154	9 897	1 745	158 501	94 132
Sonstiges	13 786	1 722	1 642	-	80	6 738	5 326
Zusammen	335 036	64 490	52 662	9 897	1 931	170 103	100 443
I n s g e s a m t	1 066 089	243 506	179 057	56 967	7 483	457 335	365 248

Die gestiegene Bedeutung des Kapitalmarktes als Geldbeschaffungsquelle verdeutlicht die Tatsache, daß gut die Hälfte der veranschlagten Baugelder von dort stammen. Der Grund dafür dürfte in der für Bauherren günstigen Zinsentwicklung der letzten Jahre liegen. So war es möglich, daß sich der Kapitalmarktanteil am Gesamtfinanzierungsvolumen im Sozialbau von 36,4 % im Jahre 1990 über 45,3 % (1993) auf nunmehr 51 % kontinuierlich erhöht hat.

Innerhalb der Geldinstitute waren 1996 die Geschäftsbanken mit 234 Mill. DM größter Geldgeber, es folgen die Sparkassen mit einem Volumen von fast 182 Mill. DM und die Bausparkassen mit Kreditvergaben in Höhe von rund 63 Mill. DM. Die übrigen Kapitalmarktmittel verteilen sich auf die Pfandbriefinstitute (28 Mill. DM) und die Sozialversicherungen (8 Mill. DM).

Kinderreiche Familien erwarben 199 Wohngebäude

Neben dem Bau neuer Sozialwohnungen wird auch der Erwerb bereits errichteter Gebäude bzw. Wohnungen für kinderreiche Familien öffentlich gefördert. Im

Jahre 1996 erwarben solche Familien 199 Gebäude, vorwiegend waren dies Einfamilienhäuser (191). Für die Objekte wurden öffentliche Mittel in Höhe von gut 15 Mill. DM eingesetzt, hinzu kamen 31 Mill. DM vom Kapitalmarkt, und gut 11 Mill. DM waren sonstige Mittel. Insgesamt werden kinderreiche Familien 205 Wohnungen beziehen können. Dies bedeutet, daß rund jede zwanzigste öffentlich geförderte Wohnung für solche Familien vorgesehen war. Rund 8 % der öffentlichen Mittel wurden dafür eingesetzt.

Gut drei Viertel der geförderten Wohnungen liegen in den Landkreisen

Von den insgesamt 3 647 geförderten Sozialwohnungen – die Erwerbswohnungen sind hier unberücksichtigt – liegen 78 % in den Landkreisen (2 843), auf die kreisfreien Städte (804) entfielen 22 %. Unter den Landkreisen lag der Kreis Mayen-Koblenz mit 313 Wohnungsbewilligungen an der Spitze, es folgten die Kreise Daun (201), Trier-Saarburg (184) und Ahrweiler sowie

Bad Kreuznach (je 165). Unter den Städten nahm Koblenz mit 196 bewilligten Wohneinheiten den ersten Rang ein.

Im bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz konnten 1996 insgesamt 1 429 Wohnungen öffentlich gefördert werden (1995: 2 143), im Regierungsbezirk Koblenz waren es 1 561 (2 511) und im Bezirk Trier 657 (803). Je 10 000 der Bevölkerung wurden im Bezirk Trier 12,9 Wohnungen gefördert, in Koblenz stellte sich der Vergleichswert auf 10,4 und in Rheinhessen-Pfalz waren es nur 7,2 Einheiten. Im Landesdurchschnitt errechnen sich 9,1 öffentlich subventionierte Wohnungen je 10 000 Einwohner.

Sozialmieten knapp unter 9 DM

Die Mieter der im Jahre 1996 bewilligten Sozialmietwohnungen in Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen werden im Schnitt je Quadratmeter Wohnfläche 8,98 DM an Miete zu zahlen haben. Der Mietpreis für die im 1. Förderungsweg geförderten Einheiten lag mit 8,46 DM unter diesem Mittelwert, im 3. Förderungsweg muß mit 9,07 DM geringfügig mehr entrichtet werden. Bei einer Mietendifferenzierung nach Größenklassen ist festzustellen, daß im 1. Förderungsweg Mieten jenseits der 10-DM-Grenze nicht vorkommen. Im 3. Förderungsweg waren Quadratmetermieten von über 10 DM nur in 78 von 1 474 Fällen vereinbart.

Die durchschnittliche Belastung bei Eigentumswohnungen bzw. eigengenutzten Wohnungen in Familienheimen lag erwartungsgemäß klar über dem Mietenni-

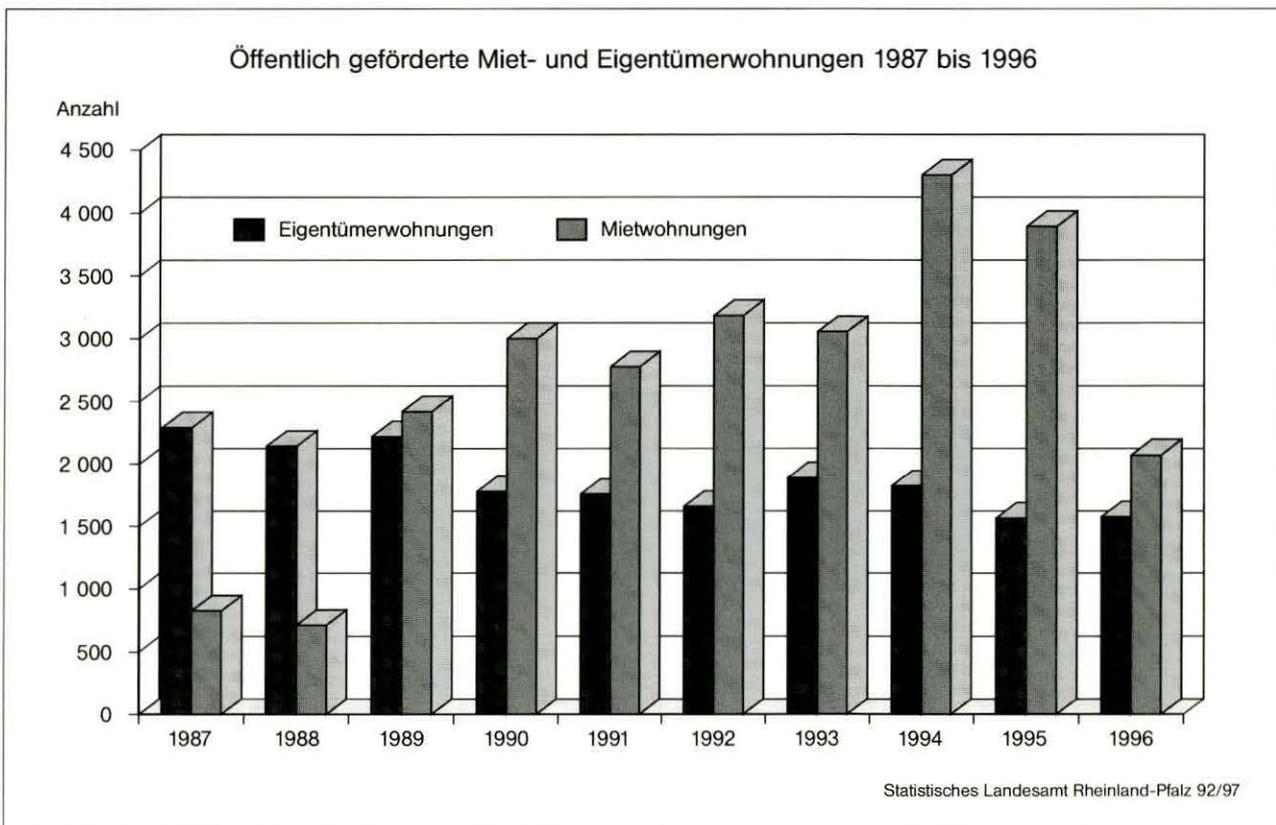
veau. Im Schnitt betrug die monatliche Belastung je Quadratmeter 12,79 DM. Für Wohnungen des 1. Förderungsweges waren von den Wohnungseigentümern durchschnittlich 13,55 DM aufzubringen. Dagegen waren die monatlichen Belastungen je Quadratmeter für die Wohnungsinhaber der geförderten Eigentumsmaßnahmen im 2. Förderungsweg mit 12,62 DM etwas und im 3. Förderungsweg mit 9,41 DM deutlich geringer.

Kaum regionale Unterschiede bei den Bauwerkskosten

Die Bauwerkskosten je Quadratmeter im vollgeförderten Sozialwohnungsbau unterscheiden sich bei regionaler Betrachtungsweise kaum. Je Quadratmeter Wohnfläche kostete ein vollgefördertes Wohngebäude im Landesmittel 2 266 DM. Die vergleichbaren Werte nach Regierungsbezirken gegliedert waren 1996 mit 2 255 DM (Koblenz), 2 292 DM (Trier) und 2 268 DM (Rheinhessen-Pfalz) an reinen Gebäudekosten so gut wie identisch. Auch die Ergebnisse der 36 Stadt- und Landkreise schwanken hinsichtlich der Durchschnittskosten eng um den Mittelwert für Rheinland-Pfalz.

Größere Kostendifferenzen zeigt die Betrachtung der Ergebnisse nach Gebäudearten. Je Quadratmeter waren vollgeförderte Einfamilienhauswohnungen mit im Schnitt 2 401 DM um rund 250 DM teurer als Zweifamilienhauswohnungen (2 157 DM) und rund 330 DM teurer als Mehrfamilienhauswohnungen (2 072 DM).

Außer den reinen Baukosten für die Gebäude fallen neben anderem (Kosten der Außenanlagen, Baunebenkosten) auch Kosten für die Erschließung der Grund-



Förderungsmittel und geförderte Wohnungen

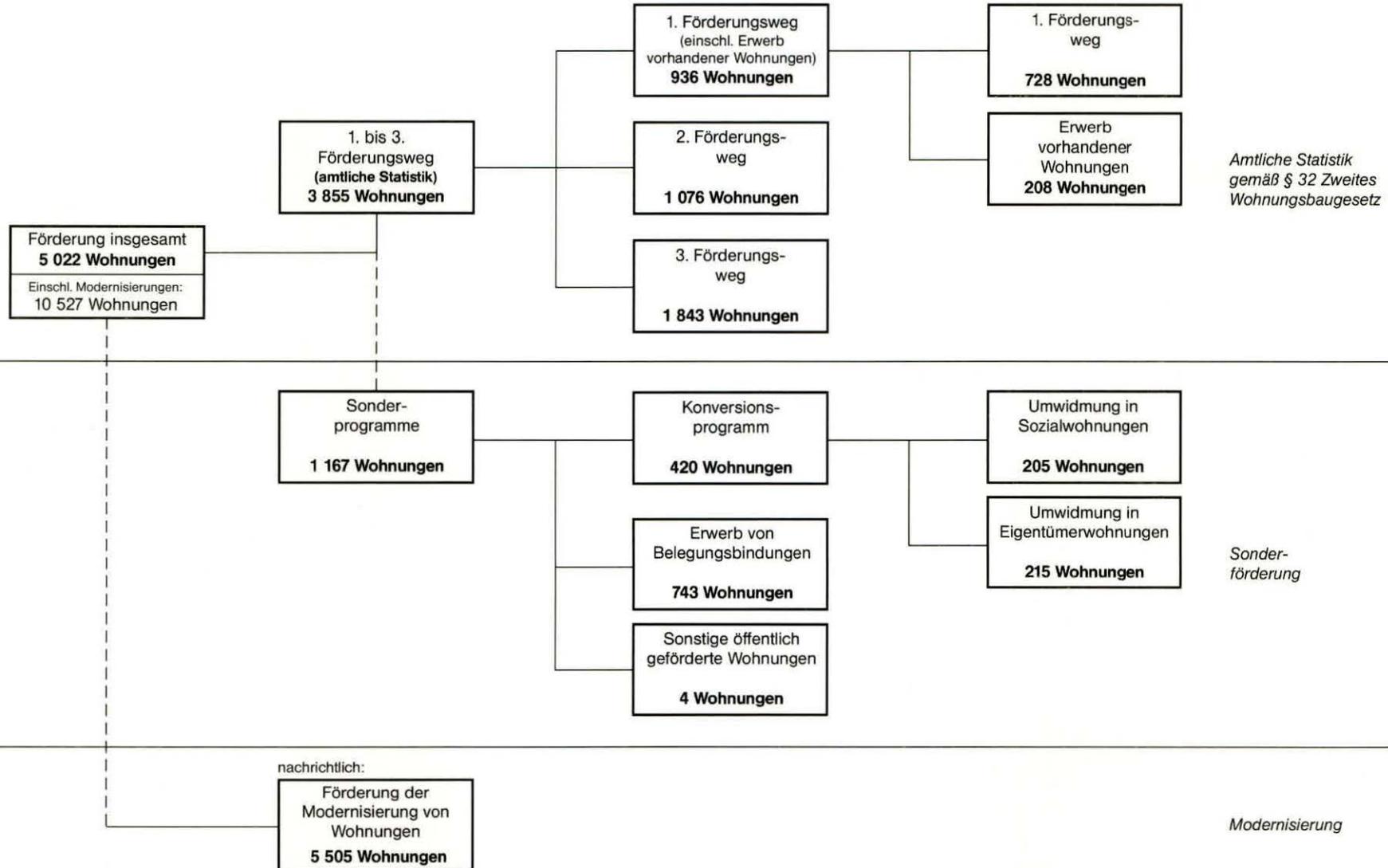
Verwaltungsbezirk	Förderung insgesamt					1. Förderungs				
	objekt- bezogene Bei- hilfen ¹⁾	geförderte Wohnungen				Förderungsmittel		geförderte Woh		
		ins- gesamt	darunter in			Bundes-/ Landes- mittel	objekt- bezogene Bei- hilfen ¹⁾	ins- gesamt	dar	
			Wohngebäuden mit		Wohn- gebäuden mit Eigen- tums- wohnungen					Wohn- gebäuden mit Eigen- tums- wohnungen
			1 und 2	3 und mehr						
Wohnungen ²⁾										
1 000 DM	Anzahl				1 000 DM	An				
Kreisfreie Stadt Koblenz	245	196	23	170	3	2 700	45	22	-	
Landkreise										
Ahrweiler	438	165	50	114	1	1 296	51	16	-	
Altenkirchen (Ww.)	408	83	68	12	3	3 966	84	42	2	
Bad Kreuznach	307	165	50	114	1	868	32	10	-	
Bad Kreuznach, St	51	17	9	8	-	381	13	4	-	
Birkenfeld	391	108	66	41	1	2 002	81	27	1	
Idar-Oberstein, St	49	40	10	30	-	219	9	3	-	
Cochem-Zell	350	77	57	20	-	1 888	64	21	-	
Mayen-Koblenz	631	313	88	221	4	2 277	56	23	-	
Andernach, St	50	30	6	22	2	95	4	1	-	
Mayen, St	12	31	1	29	1	-	-	-	-	
Neuwied	552	134	79	50	5	1 755	46	20	-	
Neuwied, St	80	61	15	46	-	331	4	4	-	
Rhein-Hunsrück-Kreis	451	85	57	28	-	609	23	7	-	
Rhein-Lahn-Kreis	578	123	84	33	6	1 922	41	26	1	
Lahnstein, St	41	17	8	9	-	75	3	1	-	
Westerwaldkreis	551	112	75	36	1	3 972	98	40	-	
RB Koblenz	4 902	1 561	697	839	25	23 255	621	254	4	
Kreisfreie Stadt Trier	110	78	13	64	1	465	18	6	-	
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	525	129	78	43	8	2 256	82	28	2	
Bitburg-Prüm	353	65	60	3	2	2 091	74	28	-	
Daun	551	201	95	106	-	2 984	98	38	-	
Trier-Saarburg	620	184	94	83	7	1 559	53	20	-	
RB Trier	2 159	657	340	299	18	9 355	325	120	2	
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	7	1	-	-	1	-	-	-	-	
Kaiserslautern	55	40	12	25	3	226	7	3	1	
Landau i. d. Pfalz	22	69	3	66	-	-	-	-	-	
Ludwigshafen a. Rhein	299	125	31	94	-	9 194	194	79	-	
Mainz	294	140	10	129	1	13 937	242	130	-	
Neustadt a. d. Weinstr.	122	60	18	39	3	349	13	4	1	
Pirmasens	58	40	1	29	10	-	-	-	-	
Speyer	30	7	7	-	-	701	14	4	-	
Worms	39	41	5	36	-	-	-	-	-	
Zweibrücken	46	7	7	-	-	132	-	1	-	
Landkreise										
Alzey-Worms	242	125	44	60	21	1 344	42	14	1	
Bad Dürkheim	237	98	38	49	11	1 897	84	27	5	
Donnersbergkreis	179	121	27	80	14	903	22	12	2	
Germersheim	229	186	33	146	7	1 412	30	13	3	
Kaiserslautern	279	64	47	14	3	1 899	52	21	1	
Kusel	407	106	78	27	1	1 625	59	20	-	
Südliche Weinstraße	216	83	36	42	5	425	10	5	-	
Ludwigshafen	281	44	34	3	7	561	14	4	-	
Mainz-Bingen	240	33	31	-	2	419	13	5	1	
Bingen am Rhein, St	8	3	3	-	-	-	-	-	-	
Ingelheim am Rhein, St	14	3	3	-	-	97	-	1	-	
Südwestpfalz	227	39	39	-	-	936	28	12	-	
RB Rheinhessen-Pfalz	3 509	1 429	501	839	89	35 960	824	354	15	
Rheinland-Pfalz	10 570	3 647	1 538	1 977	132	68 570	1 770	728	21	
Kreisfreie Städte	1 327	804	130	652	22	27 704	533	249	2	
Landkreise	9 243	2 843	1 408	1 325	110	40 866	1 237	479	19	

1) Erste Jahresrate. - 2) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen und ohne Wohnheime.

1996 nach Verwaltungsbezirken

weg		2. Förderungsweg				3. Förderungsweg			Verwaltungsbezirk
nungen		objekt- bezogene Bei- hilfen ¹⁾	geförderte Wohnungen						
unter in			ins- gesamt	darunter in Wohngebäuden mit		ins- gesamt	darunter in Wohngebäuden mit		
Wohngebäuden mit				1 und 2 Woh- nungen ²⁾	Eigen- tums- wohnungen		1 und 2 Woh- nungen ²⁾	3 und mehr Woh- nungen ²⁾	
1 und 2	3 und mehr								
Wohnungen ²⁾		Anzahl							
zahl		1 000 DM	Anzahl						
2	20	152	20	17	3	154	4	150	Kreisfreie Stadt Koblenz
16	-	279	33	32	1	116	2	114	Landkreise
28	12	324	41	40	1	-	-	-	Ahrweiler
10	-	258	33	32	1	122	8	114	Altenkirchen (Ww.)
4	-	38	5	5	-	8	-	8	Bad Kreuznach
26	-	295	36	36	-	45	4	41	Bad Kreuznach, St
3	-	24	3	3	-	34	4	30	Birkenfeld
21	-	286	36	36	-	20	-	20	Idar-Oberstein, St
15	8	542	74	71	3	216	2	213	Cochem-Zell
1	-	46	7	5	2	22	-	22	Mayen-Koblenz
-	-	12	2	1	1	29	-	29	Andernach, St
20	-	507	64	59	5	50	-	50	Mayen, St
4	-	76	11	11	-	46	-	46	Neuwied
7	-	428	50	50	-	28	-	28	Neuwied, St
14	11	533	73	68	5	24	2	22	Rhein-Hunsrück-Kreis
1	-	34	5	5	-	11	2	9	Rhein-Lahn-Kreis
10	30	453	62	61	1	10	4	6	Lahnstein, St
169	81	4 057	522	502	20	785	26	758	Westerwaldkreis
6	-	49	6	5	1	66	2	64	Kreisfreie Stadt Trier
26	-	443	52	52	-	49	-	43	Landkreise
28	-	279	34	32	2	3	-	3	Berncastel-Wittlich
38	-	401	52	52	-	111	5	106	Bitburg-Prüm
20	-	567	77	74	3	87	-	83	Daun
118	-	1 739	221	215	6	316	7	299	Trier-Saarburg
-	-	7	1	-	1	-	-	-	Kreisfreie Städte
2	-	43	6	4	2	31	6	25	Frankenthal (Pfalz)
-	-	22	3	3	-	66	-	66	Kaiserslautern
19	60	86	12	12	-	34	-	34	Landau i. d. Pfalz
1	129	34	4	3	1	6	6	-	Ludwigshafen a. Rhein
3	-	102	13	11	2	43	4	39	Mainz
-	-	6	1	1	-	39	-	29	Neustadt a. d. Weinstr.
4	-	17	2	2	-	1	1	-	Pirmasens
-	-	39	5	5	-	36	-	36	Speyer
1	-	46	6	6	-	-	-	-	Worms
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Zweibrücken
13	-	190	25	22	3	86	9	60	Landkreise
22	-	153	21	15	6	50	1	49	Alzey-Worms
10	-	121	16	13	3	93	4	80	Bad Dürkheim
10	-	200	25	21	4	148	2	146	Donnersbergkreis
20	-	227	29	27	2	14	-	14	Germersheim
20	-	348	47	46	1	39	12	27	Kaiserslautern
5	-	206	28	23	5	50	8	42	Kusel
4	-	267	37	30	7	3	-	3	Südliche Weinstraße
4	-	227	26	25	1	2	2	-	Ludwigshafen
-	-	8	1	1	-	2	2	-	Mainz-Bingen
1	-	14	2	2	-	-	-	-	Bingen am Rhein, St
12	-	199	26	26	-	1	1	-	Ingelheim am Rhein, St
150	189	2 540	333	295	38	742	56	650	Südwestpfalz
437	270	8 336	1 076	1 012	64	1 843	89	1 707	RB Rheinhausen-Pfalz
38	209	603	79	69	10	476	23	443	Rheinland-Pfalz
399	61	7 733	997	943	54	1 367	66	1 264	Kreisfreie Städte Landkreise

Öffentlich geförderte Wohnungen 1996 nach Förderungsweg, Sonderförderung und Modernisierung



Amtliche Statistik
gemäß § 32 Zweites
Wohnungsbaugesetz

Sonder-
förderung

Modernisierung

stücke sowie Grundstückskosten an. In dieser Kostenkategorie waren die regional auftretenden Differenzen weit größer als bei den Bauwerken. Je Quadratmeter Grundstücksfläche waren für vollgeförderte Wohngebäude im Schnitt 116 DM zu finanzieren, in den Stadtgebieten 292 DM und in den Landkreisen 100 DM.

Sonderprogramme

Neben dem 1. bis 3. Förderungsweg (die Ergebnisse sind Grundlage der amtlichen Statistik) hat sich in den letzten Jahren eine Reihe von Förderwegen etabliert, deren Ergebnismachweis durch den in § 32 II. WoBauG geforderten statistischen Mindestnachweis nicht abgedeckt wird.

Hier ist insbesondere das *Konversionsprogramm* zu nennen, bei dem die Umwidmung in Sozial- oder Eigentümerwohnungen öffentlich gefördert wird. Bei den im Jahre 1996 geförderten 420 Wohneinheiten handelt es sich um renovierten, instandgesetzten oder umgebauten Wohnraum, der vormals durch die alliierten Stationierungsstreitkräfte als Wohnraum oder als Nichtwohngebäude innerhalb von militärischen Anlagen (exterritoriale Gebiete) genutzt wurde. Im Jahre 1996 bewilligte die Landestreuhandstelle Mainz für derartige Umwidmungsmaßnahmen zusätzlich zum Fördervolumen des 1. bis 3. Förderungsweges knapp 14 Mill. DM. Mit diesem Mitteleinsatz konnten 205 Sozialwohnungen und 215 Eigentümerwohnungen öffentlich gefördert werden.

In einem weiteren Förderzweig wurden durch den *Ankauf von Belegungsbindungen* vorhandener Wohnungen weitere 743 Wohnungen mit gut 13 Mill. DM subventioniert. Einschließlich der sonstigen öffentlich geförderten Wohnungen (4) beziffert sich die Sonderförderung 1996 auf zusammen 1 167 zusätzliche Woh-

nungen. Unter Berücksichtigung des 1. bis 3. Förderungsweges und des innerhalb der amtlichen Statistik getrennt nachgewiesenen Erwerbs vorhandener Wohnungen (208) förderte die Landestreuhandstelle im Jahre 1996 insgesamt 5 022 Wohneinheiten. Die eingesetzten Fördermittel beziffern sich auf gut 314 Mill. DM.

Mit der Förderung der Modernisierung von vorhandenen Sozialwohnungen ist der Landestreuhandstelle ein weiteres Aufgabengebiet erwachsen. Die Ergebnisse dieser Förderung werden zwar im Verbundtabellenprogramm der amtlichen Statistik noch nicht nachgewiesen, sind aber für das Jahr 1996 erstmals – zunächst mit nur zwei Merkmalen – für eine gesonderte Nachweisführung meldepflichtig. Ab dem Jahr 1997 werden Anzahl der Wohneinheiten, Wohnfläche, Finanzierungsmittel insgesamt und eingesetzte Fördermittel für Wohnungen, die nach § 17 a II. WoBauG (Erwerb von Belegungsrechten) gefördert werden, statistisch erfaßt.

Neben den „externen“ Sonderprogrammen beschreitet die Wohnungsbauförderung aber auch innerhalb des 1. bis 3. Förderungsweges neue Wege, deren Ergebnisse zwar in die amtliche Statistik eingehen, deren gesonderter Nachweis allerdings nicht möglich ist. Herauszuheben ist das Programm „Kostengünstiges elementiertes Bauen“ (KEB-Programm), dessen Ziel es ist, die teilweise hohen Baukostenansätze des konventionellen Wohnbaus durch einfachere Elementbauweise zu minimieren und auf diese Weise bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. 1996 konnte mit diesem Programm die Errichtung von 333 Wohnungen gefördert werden, davon 313 im 3. und 20 im 1. Förderungsweg. Dafür wurden Mittel in Höhe von gut 24 Mill. DM bereitgestellt, davon 21,8 Mill. DM für Maßnahmen im 3. und 2,3 Mill. DM im 1. Förderungsweg.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte

Der folgende Beitrag ist in der Juli-Ausgabe 1997 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamtes erschienen. Das neue Konzept der Wirtschaftsrechnungen zeigt beispielhaft das Bestreben der amtlichen Statistik, durch methodische Verbesserungen und den Einsatz moderner Informationstechnik die Befragten zu entlasten, die Aktualität der bereitgestellten Informationen zu erhöhen und – ohne Abstriche an der Qualität – den Aufwand in den statistischen Ämtern zu verringern. Auch unter diesem Aspekt wird der Aufsatz hier veröffentlicht.

Vorbemerkung

Die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte bestehen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre durchgeführt wird, und aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) mit derzeit monatlicher Berichterstattung. Beide Statistiken beleuchten die wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte aus dem Blickwinkel der Einkommensentstehung und -verwendung. Im Mittelpunkt steht das Budget der einzelnen privaten Haushalte, das heißt ein Verzeichnis aller zugeflossenen Einnahmen und der damit getätigten Ausgaben. Mit diesen Angaben werden das Niveau der Lebenshaltung der Bevölkerung und die Beteiligung der privaten Haushalte am Wirtschaftsprozess beschrieben. So werden beispielsweise Art und Umfang der Marktentnahme, Spartätigkeit, Einkommensübertragungen und der Einfluß von Haushaltsmerkmalen auf die Höhe der Einkommen sichtbar gemacht. Hierdurch wird es möglich, die Auswirkungen von wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verfolgen. Außerdem erhält man Informationen über die wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb des Haushaltssektors. Daten aus den Wirtschaftsrechnungen sind zudem eine wichtige Grundlage für die Berechnung von Preisindizes für die Lebenshaltung.

Die Wirtschaftsrechnungen weisen eine lange Tradition auf, die immer wieder durch methodische Weiterentwicklungen gekennzeichnet ist. So wurden auch in der letzten Zeit Vorschläge zur konzeptionellen Fortentwicklung der Wirtschaftsrechnungen unterbreitet. Der bewußt gewählte geringe Repräsentationsgrad der Laufenden Wirtschaftsrechnungen – geringer Stichprobenumfang und Beschränkung auf nur drei Haushaltstypen – schränkt die Verwendbarkeit der Ergebnisse stark ein. Gewünscht wird statt dessen, die Erhebung als ein Instrument zu nutzen, das laufend Daten zu möglichst allen Haushalten bereitstellt und die Datenlücke zwischen den Einkommens- und Verbrauchsstichproben füllt. Dies setzt jedoch voraus, daß das Programm beider Erhebungen aufeinander abgestimmt und aus ihnen ein Gesamtsystem der Wirtschaftsrechnungen entwickelt wird.

Auch die EVS ist, trotz ihrer hervorragenden Bedeutung für die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, einer zunehmenden Kritik ausgesetzt. So gab es von Anfang an Schwierigkeiten, genügend Haushalte von Selbständigen, insbesondere von Landwirten, Arbeiterhaushalte und Haushalte mit sehr hohen Einkommen zur Teilnahme an dieser freiwilligen Erhebung zu gewinnen. Dies spricht dafür, die Belastung der Haushalte durch diese Erhebung zu verringern. Auch die mangelnde Aktualität der veröffentlichten Daten wird von vielen Nutzern kritisiert. Im wesentlichen ist dies auf das umfangreiche Erhebungsprogramm und auf die sehr lange Bearbeitungszeit von Teilbereichen der Befragung bei begrenzter Personalkapazität zurückzuführen. Um das letztgenannte Problem zu lösen, wurden große DV-technische Anstrengungen unternommen und eine dialoggestützte Bearbeitung eingeführt. Die vorliegenden Veröffentlichungen aus der EVS '93 zeigen, daß die Bearbeitungszeit gegenüber den vorhergehenden Erhebungen deutlich reduziert wurde. Trotzdem bleibt es eine vorrangige Aufgabe, die Aktualität der Ergebnisse weiter zu steigern und zu einer deutlichen Entlastung der Befragten zu gelangen.

Im Rahmen der notwendig erscheinenden Weiterentwicklung beider Erhebungen wurde daher von den Amtsleitern der statistischen Ämter der Länder und des Bundes eine Neukonzeption auf der Basis der bestehenden Rechtsgrundlage beschlossen. Bei den neukonzipierten Wirtschaftsrechnungen sollen u.a. eine Erhöhung der Repräsentativität der LWR unter Wegfall der Beschränkung auf die bisherigen Haushaltstypen, eine Verbesserung der Aktualität der EVS bei gleichzeitiger Entlastung der Befragten sowie die inhaltliche Verzahnung von EVS und LWR zu einem Gesamtsystem angestrebt werden.

Der vorliegende Aufsatz beschreibt – jeweils ausgehend von der historischen Entwicklung – die Neukonzeption der Laufenden Wirtschaftsrechnungen und das veränderte methodische Konzept der EVS, das mit der Erhebung im Jahr 1998 umgesetzt wird.

1 Neukonzeption der Laufenden Wirtschaftsrechnungen

1.1 Laufende Wirtschaftsrechnungen seit 1949/50

Als Wegbereiter der Statistik der Wirtschaftsrechnungen in Deutschland gilt Ernst Engel, der 1857 aufgrund seiner Beobachtungen von Einnahmen und Ausgaben belgischer Arbeiterfamilien das nach ihm benannte Gesetz aufstellte, wonach ein Haushalt einen um so größeren Anteil seiner Ausgaben für Nahrungsmittel aufwenden muß, je ärmer er ist. Bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts gab es eine beträchtliche Anzahl von Wissenschaftlern sowie von Organisationen, die sich – vor allem sozial motiviert und mit unterschiedlichsten Methoden – mit Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte beschäftigten.¹⁾ Das Statistische Reichsamt führte

1) Siehe weiterführend Oberschall, A.: „Empirische Sozialforschung in Deutschland 1884–1914“, Freiburg, München 1997, S. 40 ff.

1907 die erste größere Erhebung durch, die nächsten folgten 1927 und 1937. Die Wirtschaftsrechnungen richteten sich an, wie es damals hieß, „minderbemittelte Familien“, das heißt es wurden vorwiegend Arbeitnehmerhaushalte der unteren und mittleren Einkommensgruppen einbezogen.²⁾

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen werden seit 1949/50 durchgeführt. In den ersten Jahren wurden nur Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und seit 1954 auch Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern einbezogen. Ab 1964 kamen als dritter Haushaltstyp die Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen dazu. Kennzeichen dieser Erhebung ist bis heute die tägliche Aufzeichnung aller anfallenden Einnahmen und Ausgaben sowie Angaben über Sachzugänge zum Beispiel durch Deputate, Bewirtschaftung von Gärten, Geschenke usw.³⁾

In den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg ging es darum, für die Sozialpolitik Informationen über die Entwicklung der Lebenshaltung ausgewählter, wichtiger Bevölkerungsgruppen bereitzustellen und für die Berechnung von Preisindizes für die Lebenshaltung Wägungsschemata zu ermitteln. Diese Ziele sollten mit einem möglichst begrenzten Aufwand erreicht werden. Daher wurde die Anzahl der einzubeziehenden Haushalte mit 1 000 sehr niedrig angesetzt. Um methodisch gesicherte Ergebnisse zu erhalten, wurden nur solche Haushalte ausgewählt, die in wichtigen, die Lebenshaltung stark beeinflussenden Merkmalen übereinstimmen.

In den ersten Jahren galt der Höhe der Verbrauchsausgaben, als einem wichtigen Indikator für die wirtschaftliche Situation der Haushalte, die besondere Aufmerksamkeit. Mit fortschreitender Besserung der wirtschaftlichen Lage wurde die sozialpolitische Orientierung zugunsten einer allgemeinen ökonomischen Orientierung aufgegeben, es interessierten also nicht mehr nur die Ausgaben für die Lebenshaltung, sondern die gesamte Einkommensverwendung. Ab 1964 erfolgte die Eingruppierung der Haushalte daher nach dem Gesamteinkommen der Haushalte. Seit 1993 finden die Laufenden Wirtschaftsrechnungen auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost statt, der Erhebungsumfang wurde hierzu auf 2 000 Haushalte erhöht.

1.2 Neues Erhebungskonzept

Von vielen Seiten wurde – wie bereits einleitend erwähnt – der Wunsch nach aktuellen Einkommens- und Verbrauchsangaben geäußert, die nicht auf die drei Haushaltstypen, die kaum mehr als 5% aller Haushalte repräsentieren, begrenzt sind. Den in der Vorbemerkung genannten Zielvorgaben folgend wurde auf der Basis der bestehenden Rechtsgrundlage für die Laufenden Wirtschaftsrechnungen ein neues Erhebungskonzept erarbeitet, das vorsieht, die LWR als Quartalspanel durchzuführen, das heißt ein gleichbleibender repräsentativer Kreis von insgesamt 6 000 privaten

Übersicht 1: Geplante Stichprobenrotation für die Laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gesamtstichprobe: 6 000 Haushalte	1. Vierteljahr			2. Vierteljahr			3. Vierteljahr			4. Vierteljahr		
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2 000 Haushalte												
2 000 Haushalte												
2 000 Haushalte												

 = Führung von Haushaltsbüchern.

Haushalten hat in jedem Vierteljahr einen Monat lang über seine Einnahmen und Ausgaben zu berichten (siehe Übersicht 1). Eine Begrenzung auf bestimmte Haushaltstypen wird es dabei nicht geben. Einzig die Haushalte von Selbständigen können aufgrund der bestehenden Rechtsgrundlage nicht einbezogen werden.

In einem Einführungsinterview werden Grunddaten des Haushaltes, wie zum Beispiel soziodemographische Angaben, Wohnverhältnisse und die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, erfragt. Danach haben die Haushalte in jedem Quartal einen Monat lang alle Einnahmen und Ausgaben in ein Haushaltsbuch einzutragen. Diese neue Regelung hat den Vorteil, daß die Anschreibungsdauer von bisher insgesamt zwölf auf vier Monate im Jahr verkürzt wird, was zu einer erheblichen Entlastung der Haushalte führt.

Die Signierung der Daten wird künftig auf die COICOP/HBS (Classification of Individual Consumption by Purpose / Household Budget Surveys = Klassifikation des Privaten Verbrauchs nach dem Verwendungszweck für die Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen) umgestellt und nicht in der bisherigen Tiefengliederung weitergeführt. Es wird jedoch sichergestellt, daß die Erstellung der Wägungsschemata der Verbraucherpreisstatistik erforderlichen Informationen bereitgestellt werden.

1.3 Testerhebung

Das neue Konzept der LWR wurde im Rahmen einer Testerhebung nach § 7 Abs. 2 BStatG über einen Zeitraum von 12 Monaten (das gesamte Jahr 1996) mit einem Stichprobenumfang von etwa 800 privaten Haushalten in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen erprobt. In einem Ende 1995 durchgeführten Pretest waren bereits die neu entwickelten Erhebungsunterlagen getestet sowie Erkenntnisse über die Einsatzmöglichkeiten moderner Erhebungsmethoden und die Teilnahmebereitschaft der Haushalte gewonnen worden. Im Rahmen der Testerhebung wurden die Haushalte darüber hinaus in einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung u. a. zu ihrer wirtschaftlichen Situation, ihrem Einkaufsverhalten, den Schwierigkeiten bei den Anschreibungen und der Führung eines Haushaltsbuchs sowie zu ihrer allgemeinen Einschätzung der Erhebungsunterlagen befragt.

2) Siehe Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972“, Stuttgart, Mainz 1972, S. 28 ff.

3) Siehe Reddies, H.: „Das Verfahren der laufenden Wirtschaftsrechnungen von 1950 bis 1964 und ab 1965“ in WiSta 8/1965, S. 496 ff.

Die Datenerfassung und -aufbereitung ist für die Test-erhebung ebenfalls neu konzipiert und programmiert worden. Sie erfolgt mit dem Programm BLAISE, einem vom niederländischen statistischen Amt entwickelten Softwareprogramm zum dialoggestützten Erhebungs-management.

Zur Optimierung der Statistikerstellung werden hier die Interdependenzen zwischen Aufbereitung und den Verwaltungsarbeiten für die Erhebung berücksichtigt. Die Signierung, Datenerfassung und Plausibilitätskontrollen werden simultan im Dialogbetrieb durchgeführt, das heißt zu einem Prozeß zusammengefaßt. Nach Abschluß dieses Aufbereitungsschritts können Hochrechnung, Bandsatzerweiterung, Auswertung, Anonymisierung und Fehlerrechnung erfolgen. Im Rahmen der Aufbereitung muß so zum Beispiel auf Informationen zum Antwortstatus aus der Stichprobenorganisation zurückgegriffen werden; zu Beginn der Plausibilitätskontrolle wird beispielsweise überprüft, ob der befragte Haushalt alle Kriterien zur Teilnahme an der Erhebung erfüllt. Ebenso werden administrative Arbeiten durch Informationen, die während der Aufbereitung anfallen, erleichtert. So können beispielsweise für Rückfragen bei Fehlern, die im Rahmen der Plausibilitätskontrolle auftauchen, die entsprechenden Adressen der Befragten zusammengestellt werden. Direkt nach der Datenerfassung oder Registrierung der eingegangenen Erhebungsunterlagen kann die Vergütung der Befragten sowie der Interviewer und Interviewerinnen aufgrund der hergestellten Verbindungen quasi „per Knopfdruck“ berechnet werden.

Ein weiteres Merkmal dieser BLAISE - Anwendung ist die Integration aller genannten Prozesse in ein DV - System, so daß kein Aufwand für den Datentransfer in andere DV - Systeme entsteht. Die für eine Statistik verantwortliche fachliche Organisationseinheit kann alle Prozesse selbst steuern, so daß der Koordinierungsaufwand zwischen verschiedenen Organisationseinheiten entfällt.

Der Test der DV - Anwendung war sehr erfolgreich und führte zu einer deutlichen Reduzierung des Aufbereitungsaufwands. Auch die überarbeiteten Erhebungsunterlagen und die Rotation der Stichprobenhaushalte haben sich bewährt. Da sich die Erhebungsunterlagen für eine schriftliche Befragung der Haushalte zur Abwicklung der LWR eignen, ist wie bisher kein Interviewereinsatz erforderlich. Im Haushaltsbuch ist der Einsatz retrospektiver Fragen getestet worden, um einerseits zusätzliche Informationen zu regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben zu gewinnen sowie andererseits gegebenenfalls diese Form der Erhebung von Merkmalen stärker in die Datenerhebung einzubeziehen. Die Ergebnisse ließen deutliche Qualitätsmängel bei den so erhobenen Daten erkennen, so daß auf diese Fragen

künftig verzichtet werden soll. Aufgrund des hohen Aufwandes und der geringen Rücklaufquoten hat sich das Vorhaben, ein Zufallsstichprobenverfahren einzuführen, nicht bewährt, so daß die Stichprobenhaushalte künftig unter Nutzung des EVS - Adressenmaterials nach einem Quotenverfahren gewonnen werden sollen.

Die Ergebnisse dieser Studie leisten einen Beitrag zur methodischen und konzeptionellen Weiterentwicklung der LWR und helfen mit, daß die Wirtschaftsrechnungen künftig ein abgestimmtes Gesamtsystem bilden. Mit einem gestrafften Merkmalskatalog sollen dann schneller und kostengünstiger Daten bereitgestellt, ein breiterer Nutzerkreis angesprochen sowie gleichzeitig die Befragten entlastet werden. Auf Basis der bisher vorliegenden Erfahrungen und Ergebnisse empfehlen die zuständigen Fachgremien, die Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab 1999 nach dem neuen Konzept mit Hilfe der BLAISE - Anwendung durchzuführen.⁴⁾

2 Weiterentwicklung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

2.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe seit 1962/63

Die begrenzte Aussagekraft der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ließ Ende der fünfziger Jahre bei der stark expandierenden Wirtschaft und der Politik den Wunsch nach zusätzlichen statistischen Informationen immer dringender erscheinen. Dies führte 1961 zur Verabschiedung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, das die Rechtsgrundlage für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen darstellt. Die EVS brachte als Neuerung gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte in die Wirtschaftsrechnungen: Haushaltsauswahl und Begriffsapparat waren mit den sich auf alle privaten Haushalte beziehenden Verbrauchsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weitgehend kompatibel.⁵⁾

Die erste EVS fand 1962/63 bei etwa 38 000 deutschen Haushalten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Nichterwerbstätigen und Selbständigen statt. Hauptziel war es damals, Informationen über den Verbrauch der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erhalten. Außerdem wurden Angaben erhoben über das Einkommen und seine Zusammensetzung unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und der sozialen Stellung sowie zur über den privaten Verbrauch hinausgehenden Einkommensverwendung.⁶⁾ Bei der zweiten EVS 1969 lag das Interesse besonders bei den Themen Bildung und Verteilung der Individual- und Haushaltseinkommen und der Vermögensbildung.⁷⁾ Der Schwerpunkt 1973 – bei der dritten EVS – bestand in der Ermittlung der Aufwendungen für Ernährung. Zusätzlich wurde der Nachweis der Einkommen aus Vermögen ausgebaut.⁸⁾ Bei der vierten EVS 1978 war es durch die Aufnahme von Fragen nach Höhe und Art der erhaltenen staatlichen Transferzahlungen erstmals möglich, sehr detailliert Aufschlüsse über die Bedeutung von staatlichen Transferzahlungen und deren Kumulation für den einzelnen Bezieher und seinen Haushalt zu

4) Ausführliche Ergebnisse zu der Testerhebung werden in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift [Wirtschaft und Statistik] veröffentlicht.

5) Siehe Horstmann, K.: „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962“ in WiSta 10/1961, S. 563 ff.

6) Siehe Sobotschinski, A.: „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“ in WiSta 8/1965, S. 483 ff.

7) Siehe Euler, M.: „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969“ in WiSta 6/1968, S. 289 ff.

8) Siehe Euler, M.: „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973“ in WiSta 7/1972, S. 375 ff.

geben.⁹⁾ Auch bei der fünften EVS 1983 lag ein Aufbereitungsschwerpunkt beim Nachweis der staatlichen Transferleistungen.¹⁰⁾ In der sechsten EVS 1988 wurden bei weitgehend unveränderten Erhebungsmerkmalen erstmals die Ausländerhaushalte einbezogen, um die Teilnahmebereitschaft, die Erhebungspapiere und den Ablauf der Feldarbeit bei dieser Bevölkerungsgruppe zu testen.¹¹⁾ Die wichtigsten Neuerungen bei der siebten EVS 1993 waren die reguläre Einbeziehung der Ausländerhaushalte sowie die Ausdehnung auf die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern.¹²⁾

2.2 Nutzerbefragung

Im Rahmen der Diskussion um die Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen und die Vorbereitung der EVS 1998 sind immer wieder Vermutungen darüber vorgebracht worden, was die Nutzer wünschen oder was unerwünscht sei. Die Meinungsäußerungen hierzu beruhten in der Regel auf der Generalisierung von Einzelfällen. Empirische Informationen, die bei einer großen Anzahl von Nutzern erhoben worden sind, lagen nicht vor. Die generell in der amtlichen Statistik angestrebte (noch) stärkere Nutzerorientierung führte zu der Absicht, alle wichtigen Datennutzer durch eine Befragung in die vorbereitenden Arbeiten zur EVS '98 einzubeziehen.

Um einen Überblick über die vielfältigen Nutzergruppen und ihre inhaltlichen Interessen zu gewinnen, wurde ein Fragebogen entwickelt, mit dem u.a. Aspekte der Datenqualität, der Ergebnisgliederung und -schnelligkeit, des Stichprobenumfangs, der Wichtigkeit einzelner Erhebungstatbestände, der Tiefe der Anschreibungen bei Nahrungs- und Genußmitteln, der Ergebnisbereitstellung und der Nutzungszwecke erfragt werden sollten. Da die Komplexität einer Statistik wie der EVS mit wenigen Fragen nicht abgebildet werden kann, wurde am Ende des Erhebungsbogens breiter Raum für Bemerkungen und Kommentare gelassen, die über die erfragten Inhalte hinausgingen. Diese Gelegenheit, Wünsche, Anregungen und Kritik zur EVS zu äußern, wurde von zahlreichen Befragten genutzt.

In die Befragung sollten vor allem diejenigen Nutzer einbezogen werden, die sich intensiv mit der EVS auseinandersetzen und sie vielfältig nutzen. Die Auswahl fiel schließlich auf zwei große Gruppen: Zum ersten Personen oder Institutionen, die durch die Anforderung von Einzelmaterial, Sonderauswertungen oder regelmäßige bzw. größere Anfragen beim Auskunftsdienst als Nutzer bekannt waren, und zum zweiten auf die Mitglieder im Fachausschuß „Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“, die über dieses Gremium, in dem das methodische und inhaltliche Erhebungsprogramm abgestimmt wird, institutionell mit der Erhebung verbunden sind.

9/1977, S. 576 ff.; Euler, M.: „Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen 1978“ in WiSta 8/1981, S. 563 ff.; Euler, M.: „Personen mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen 1978“ in WiSta 9/1981, S. 640 ff.

10) Siehe Euler, M.: „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983“ in WiSta 6/1982, S. 433 ff.

11) Siehe Euler, M.: „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988“ in WiSta 8/1987, S. 662 ff.

12) Siehe Euler, M.: „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993“ in WiSta 7/1992, S. 463 ff.

Mit der Nutzerbefragung sollte vor allem ermittelt werden, welche Erwartungen und Interessen an die EVS geknüpft sind, insbesondere, was die Datenqualität, die Verfügbarkeit der Ergebnisse und die Nutzungsschwerpunkte und -zwecke angeht. Darüber hinaus sollte auch der mögliche Verzicht auf Erhebungstatbestände erfragt werden.

Nach den Befragungsergebnissen stellt die EVS aus der Sicht ihrer Nutzer ein wichtiges und anerkanntes Instrument für die Bearbeitung einer Vielzahl vornehmlich wissenschaftlicher und politischer Fragestellungen dar. Inhaltlich und auch qualitativ entspricht die Erhebung allerdings in manchen Punkten nicht den Wünschen der Nutzer. Eines der dringlichsten Probleme ist die mangelnde Aktualität der veröffentlichten Ergebnisse. Der seit Jahren immer wieder vorgebrachten Forderung nach schnellerer Datenbereitstellung soll bei der Vorbereitung der EVS '98 größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Politische und ökonomische Planungen und Entscheidungen sollten auf Zahlenmaterial beruhen, das soweit wie möglich den gegenwärtigen Zustand widerspiegelt. Daher wird anzustreben sein, die zentralen Ergebnisse der EVS bis zwei Jahre nach der Erhebung zu publizieren.

Für viele Nutzer ist die derzeitige Differenzierung der Daten aus der EVS unverzichtbar. Die Gliederungstiefe insbesondere der Nahrungs- und Genußmittel sollte daher grundsätzlich beibehalten werden. Eine Verkürzung der Aufbereitungszeit läßt sich erreichen, indem man die Feingliederung nach Mengen in einer Unterstichprobe erhebt.

Eine Reduzierung des Stichprobenumfangs zur Beschleunigung der Datenbereitstellung wäre nach den Ergebnissen der Nutzerbefragung vertretbar, sie sollte aber allenfalls gering ausfallen, um bei einer Beibehaltung der Gliederungstiefe in Detailangaben die statistische Sicherheit der Daten nicht zu vernachlässigen. Die angestrebte Verkürzung des Aufzeichnungszeitraums scheint ein angemessener Weg zu sein.

Bei einer Straffung des Erhebungsprogramms wird weitestgehend auf diejenigen Erhebungstatbestände verzichtet, die von einer Vielzahl der Nutzer nicht benötigt werden. Mehr als die Hälfte von ihnen kann beispielsweise auf folgende Tatbestände verzichten:

- Angaben über Gärten,
- Eheschließungsjahr,
- Reisedauer,
- Reiseart.

In bezug auf die Nutzerorientierung kommt der Form der Ergebnisveröffentlichung eine große Bedeutung zu. Die Fachserien nehmen dabei auch in Zukunft einen hohen Stellenwert ein. Eine optische Umgestaltung hin zu einer größeren Nutzerfreundlichkeit ist angebracht. So sollte insbesondere das Layout überdacht werden. Einige Tabellen enthielten bisher in sehr großem Umfang Positionen, die nicht nachgewiesen werden konnten oder aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht gesichert waren. Auch diese Tabellen sollten nicht mehr in den Fachserien veröffentlicht werden, sondern in anderer Form oder auf gesonderte Anfrage herausgegeben werden.

Der Zugang zu anonymisierten Einzeldaten wird von vielen Nutzern gewünscht. Neben den faktisch anonymisierten Einzelangaben, die nur der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden können, sollte überlegt werden, die Einzelangaben allen Nutzern in Form eines Public-Use-Files bereitzustellen. Technisch möglich wäre dies sowohl als CD-ROM als auch über einen Online-Zugriff.¹³⁾

2.3 Erhebungsziele und methodische Änderungen der EVS '98

Bei der Weiterentwicklung der EVS wurde stets darauf geachtet, daß sie als regelmäßig durchgeführte Querschnittserhebung ausführliche Informationen zu Einnahmen, Ausgaben, Vermögen, Schulden und anderen Indikatoren des Lebensstandards privater Haushalte bereitstellt. An den Erhebungszielen der EVS wird sich auch bei der achten Erhebung 1998 nichts Grundlegendes ändern. Die Ergebnisse sollen wieder einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche und soziale Lage von privaten Haushalten aller Bevölkerungsgruppen liefern und für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft eine Datengrundlage für Analysen und Planungen bilden.

Anhand der Zielvorgaben für die Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen wurden für den Erhebungsablauf der EVS einige Änderungen erarbeitet. Der Zeit-

13) Siehe ausführlich zur Nutzerbefragung Ehling, M./Gertkemper, F.: „Nutzerbefragung zur Vorbereitung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998.“ Ergebnisbericht. Methoden - Verfahren - Entwicklungen. Materialien und Berichte, Wiesbaden 1996.

Übersicht 2: Quotierungsmerkmale für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

1. Bundesland
2. Haushaltstyp
- Einpersonenhaushalte
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften ohne Kinder
- Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, höchstens ein Partner erwerbstätig
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, beide Partner erwerbstätig
- Sonstige Haushalte
3. Stellung im Beruf des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin
- Selbständige/Landwirte
- Beamte/Beamtinnen
- Angestellte
- Arbeiter/Arbeiterinnen
- Rentner/Rentnerinnen
- Sonstige Nichterwerbstätige
4. Monatliches Haushaltsnettoeinkommen
- unter 1 400 DM
- 1 400 DM bis unter 2 500 DM
- 2 500 DM bis unter 5 000 DM
- 5 000 DM bis unter 7 000 DM
- über 7 000 DM
5. Erhebungsquartal

Übersicht 3: Verteilung des Stichprobenumfangs auf die Bundesländer

Baden-Württemberg	9 025
Bayern	10 119
Berlin	3 864
Brandenburg	2 388
Bremen	858
Hamburg	2 000
Hessen	5 491
Mecklenburg-Vorpommern	1 751
Niedersachsen	6 803
Nordrhein-Westfalen	14 614
Rheinland-Pfalz	3 721
Saarland	1 215
Sachsen	4 238
Sachsen-Anhalt	2 641
Schleswig-Holstein	2 755
Thüringen	2 393
Deutschland	73 876

raum für die Erhebung der Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Haushalten wird von einem Jahr auf drei Monate verkürzt; der Erhebungskatalog wird gestrafft und die Zahl der Erhebungsmerkmale wird verringert. Das Schlußinterview wird eingespart, wobei die bisher dort gestellten Fragen zum Grundvermögen ins Einführungsinterview und die Fragen zum sonstigen Vermögen und zu den Schulden ins Haushaltsbuch integriert werden.

2.4 Stichprobenplanung

Die zu befragenden Haushalte für die EVS sollten idealerweise durch eine Zufallsstichprobe gewonnen werden. Im Rahmen der Testerhebung zu den Laufenden Wirtschaftsrechnungen ist – wie zuvor berichtet – ein derartiges Zufallsverfahren eingesetzt worden. Die dort gemachten Erfahrungen führten zu dem Ergebnis, daß der Aufwand für das getestete mehrphasige geschichtete Zufallsauswahlverfahren erheblich über dem des bisher eingesetzten Quotenverfahrens liegen wird. Angesichts der Einsparungen in der amtlichen Statistik führte dies zu der Entscheidung, die Haushalte für die EVS '98 wieder nach einem Quotenverfahren zu gewinnen.

Da die an der EVS teilnehmenden Haushalte im Hinblick auf sozioökonomische Merkmale der Struktur aller Haushalte entsprechen sollen, wird für die Werbung der Haushalte ein sogenanntes „Erhebungssoll“ vorgegeben. Die Basis für die Ermittlung des Erhebungssolls (für die EVS '98 etwa 74 000 Haushalte) bildet der aktuell verfügbare Mikrozensus. Die Auswahlgesamtheit wird länderweise in Schichten gegliedert, die sich aus der Kombination der Merkmale „Bundesland“, „Haushaltstyp“, „berufliche Stellung des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin“, „monatliches Haushaltsnettoeinkommen“ und „Erhebungsquartal“ ergeben. Die Aufgliederung der Quotierungsmerkmale zeigt die vorstehende Übersicht 2.

Für jede dieser Schichten wird vorgegeben, wie viele Haushalte in die Erhebung einbezogen werden sollen, damit jede Schicht entsprechend ihrem Anteil an der

Gesamtbevölkerung repräsentiert ist. Für die Haushalte von Ausländern und von Landwirten wird je Bundesland gesondert die Anzahl in der Stichprobe als Zielgröße vorgegeben, um sicherzustellen, daß sie in ausreichendem Umfang in der EVS vertreten sind. Bei einem durchschnittlichen Auswahlsatz von 0,2 % werden die Auswahlsätze auf Länderebene in begrenztem Umfang (zwischen 0,19 und 0,24 %) disproportional gewählt, um eine Verbesserung der Vergleichbarkeit auf Länderebene zu erreichen. Kleinere Bundesländer werden im Mittel mit einem höheren Auswahlsatz versehen, so daß die Unterschiede in der Ergebnissenauigkeit etwas verringert werden.

2.5 Erhebungsverfahren

Im einzelnen stellt sich das Erhebungskonzept der EVS '98 wie folgt dar: Die Haushalte werden gemäß dem Quotenplan geworben. Zu Beginn des Erhebungsjahres werden sie im Einführungsinterview u.a. zur Zusammensetzung des Haushalts, zu demographischen Angaben zu den einzelnen Haushaltsmitgliedern, zum Haushaltseinkommen, zu den Wohnverhältnissen und Grundvermögen sowie zur Ausstattung mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern befragt.

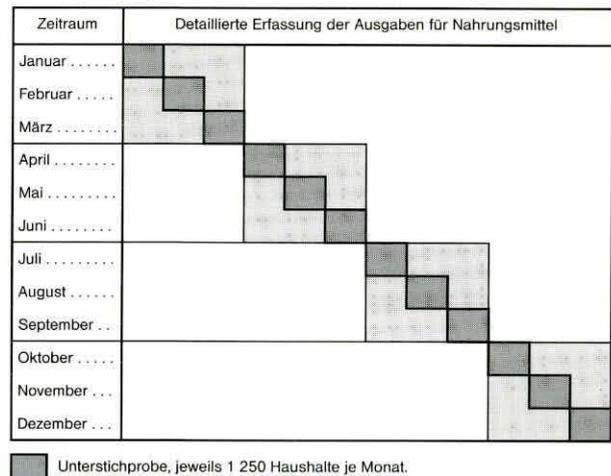
Das Kernstück der EVS, die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben, basiert auf Aufzeichnungen in den Haushaltsbüchern, wobei jeweils ein Viertel der beteiligten Haushalte in einem Quartal des Jahres ein Haushaltsbuch zu führen hat. Die dreimonatige Aufzeichnungsperiode wird jedem Haushalt nach einem Rotationsverfahren unter Beachtung des Stichprobenplans vorgegeben. Dadurch soll sichergestellt werden, daß sich die Anschreibungen aller Haushalte möglichst gleichmäßig auf die zwölf Monate des Erhebungsjahres verteilen.

Ohne ein derartiges Rotationsverfahren wäre zu befürchten, daß in den Monaten mit vielen Feiertagen, Festlichkeiten, Urlaubs- und Erholungsreisen die Zahl der anschreibenden Haushalte wesentlich niedriger wäre als in den übrigen Monaten. Das könnte dazu füh-

Übersicht 4: Erhebungsablauf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Zeitraum	Erhebungsteile und Stichprobenumfang	
Jahresanfang	Einführungsinterview (etwa 74 000 Haushalte)	
Januar	Haushaltsbücher etwa 18 500 Haushalte	
Februar		
März		
April	Haushaltsbücher etwa 18 500 Haushalte	
Mai		
Juni		
Juli	Haushaltsbücher etwa 18 500 Haushalte	
August		
September		
Oktober	Haushaltsbücher etwa 18 500 Haushalte	
November		
Dezember		

Übersicht 5: Detaillierte Erfassung der Nahrungs- und Genußmittel bei einer 20 %-Unterstichprobe (etwa 15 000 Haushalte im Jahr)



ren, daß Käufe mit starker saisonaler Klumpung (wie z. B. frischer Spargel, Sandalen, Skiausrüstung und Spielwaren) in der Stichprobe unterrepräsentiert wären.

Im Haushaltsbuch werden die Einkommen, die Abzüge und zu zahlende Beiträge für jedes Haushaltsmitglied getrennt erhoben. Sonstige Einnahmen und die Versicherungsprämien werden für den Haushalt insgesamt erfragt, genauso wie Sachzugänge (z.B. freie Unterkunft, Deputatkohle) oder Erzeugnisse aus dem selbstgenutzten Garten und aus der Kleintierhaltung. Das Haushaltsbuch orientiert sich im Design an dem bisherigen Tertialheft und den Erhebungsunterlagen zu der Testerhebung für die Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Es werden ausschließlich Ausgabenbeträge, aber keine Mengen erfragt. Die vorgegebenen Ausgabengruppen lehnen sich dabei nicht mehr an die Systematik der Einnahmen und Ausgaben (SEA), sondern – wie künftig auch bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen – an die COICOP/HBS an. Falls in bestimmten Kategorien bei den Einkäufen mehrere Ausgaben anfallen, können sie in einem sogenannten „Sammelnotizheft“ festgehalten werden, bevor sie in das Haushaltsbuch eingetragen werden. Im letzten Teil des Haushaltsbuchs wird nach der Bildung und dem Vorhandensein von Geldvermögen oder Schulden, der Rückzahlung von Krediten und dem Besitz von Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen gefragt.

Die Mengen eingekaufter oder verbrauchter Waren sind vor allem im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel von Interesse. Da die Ausgaben für diese Produkte aber keiner großen Varianz unterliegen, ist es ausreichend, sie nur bei einem Teil der Befragten zu erheben. Die Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren werden daher bei einer Unterstichprobe von 1 250 Haushalten je Monat – insgesamt also bei 15 000 Haushalten im Jahr – detailliert nach Menge und Preis erfaßt. Der Umfang der Unterstichprobe beträgt rund 20 % der Gesamtstichprobe. Die Aufzeichnung der Nahrungs- und Genußmittelausgaben erfolgt chronologisch, das heißt ohne eine Sortierung oder Gruppierung durch die

Befragten, in einem eigenen Haushaltsbuch (Feinaufzeichnungsheft). Dieses Feinaufzeichnungsheft soll von den ausgewählten Haushalten jeweils einen Monat lang zusätzlich zu dem Dreimonatsheft geführt werden.

3 Schlußbemerkung

Die Ausführungen haben gezeigt, daß die Wirtschaftsrechnungen eine der wesentlichen Säulen der Berichterstattung über die privaten Haushalte in Deutschland sind. Sie haben in der amtlichen Statistik eine lange Tradition, die bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg reicht. Die Datenfülle dieser Erhebungen stellte schon in der Vergangenheit eine Quelle für unterschiedlichste Auswertungen und Analysen von Politik, Wissenschaft, Interessenverbänden und auch der amtlichen Statistik selbst dar. Damit die Wirtschaftsrechnungen auch den Datenanforderungen der Zukunft in bewährter Weise gerecht werden können, sollen sie an neue Erfordernisse angepaßt werden.

Der Erhebungsaufwand im Rahmen der EVS wird durch die Reduzierung der Erhebungsmerkmale und die Verkürzung der Anschreibedauer sinken. Das gleiche gilt für die Laufenden Wirtschaftsrechnungen, da die Befragten nur noch insgesamt vier Monate pro Jahr Feinaufzeichnungshefte zu führen haben, statt wie bisher das ganze Jahr hindurch. Die Verkürzung der Aufzeichnungsdauer führt zu einer deutlichen Entlastung der Befragten. Der Aufwand in den statistischen Ämtern wird bei den LWR vor allem durch die BLAISE - Applikation für die Stichprobenverwaltung und die Datenaufbereitung verringert werden. Für beide Erhebungen können die Ergebnisse früher bereitgestellt werden und es wird möglich sein, erhebliche Kosteneinsparungen zu realisieren.

Der Repräsentationsgrad der Laufenden Wirtschaftsrechnungen wird deutlich erhöht, da Informationen von 6 000 statt bisher 2 000 Haushalten vorliegen und alle Haushalte außer denen von Selbständigen in die Erhebung einbezogen werden; das heißt, daß es keine Beschränkung auf eng begrenzte Haushaltstypen mehr geben wird. Die Berichterstattung über die Ergebnisse wird quartalsweise erfolgen. Wegen des höheren Repräsentationsgrades der Laufenden Wirtschaftsrechnungen können die Ergebnisse beispielsweise im

Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Ermittlung des Privaten Verbrauchs herangezogen werden.

Das veränderte Konzept der EVS hat den Vorteil, daß der Gesamtstichprobenumfang erhalten bleibt, jedoch die Befragten entlastet werden, weil sie jetzt nur noch während eines Vierteljahres Haushaltsbücher nach einem einfachen Verfahren (Eintragungen in Einnahme- und Ausgabegruppen) zu führen haben. Der Verzicht auf das Schlußinterview als eigenständiger Erhebungsteil wird die reine Befragungszeit verkürzen und damit den Aufwand für die Interviewerinnen und Interviewer verringern. Die zur Verfügung stehenden Informationen werden im wesentlichen Auswertungen im bisherigen Umfang erlauben.

Eine Folge des veränderten Erhebungskonzepts wird sein, daß Haushalte, denen bisher die ganzjährige Belastung durch die Aufzeichnungen zu hoch war, eher bereit sein werden, an der Erhebung teilzunehmen.

Die Ergebnisse aus der EVS werden künftig aufgrund des erheblich geringeren Aufbereitungsvolumens deutlich früher als bisher zur Verfügung stehen und damit einen breiteren Nutzerkreis ansprechen sowie der Forderung zahlreicher Nutzer nach größerer Aktualität entgegenkommen.

Im Rahmen der Vorbereitung der EVS '98 und der Testerhebung zu den LWR sind die Erhebungsmerkmale beider Erhebungen aufeinander abgestimmt worden, so daß die Wirtschaftsrechnungen zu einem integrierten, inhaltlich verzahnten Gesamtkonzept weiterentwickelt werden. Nach der Datenerhebung muß jetzt in einem nächsten Schritt die Aufbereitung und die Ergebnispräsentation der Daten umgestaltet werden, damit in Zukunft fortlaufend (vierteljährlich, jährlich und in fünfjährigem Abstand) aktuelle Informationen aus den Wirtschaftsrechnungen bereitgestellt werden können.

Quelle: Dipl.-Ökonom Chlumsky, Jürgen /
Dr. Ehling, Manfred:

„Grundzüge des künftigen Konzepts
der Wirtschaftsrechnungen der
privaten Haushalte“,

in: Wirtschaft und Statistik 7/1997,
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996			1997				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 963	3 986	3 980	3 982	3 983	4 004
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 910	1 895	1 322	3 025	2 552	1 212 ^P	1 540 ^P	2 900 ^P	2 361 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,8	5,7	4,0	9,0	7,8	3,6 ^P	4,7 ^P	8,5 ^P	7,2 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 307	3 411	3 166	3 254	3 393	3 184 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	10,2	9,7	9,6	10,4	9,4 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 583	3 646	3 598	3 539	3 268	3 478 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	11,0	10,5	10,0	10,2 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	17	16	23	12	22 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,5	5,0	5,0	7,0	3,7	6,6 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 276	- 236	- 432	- 285	125	- 294 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,7	- 1,3	- 0,8	0,4	- 0,9 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 281	9 520	8 694	8 589	8 643	8 190	8 881
* Fortgezogene	Anzahl	7 810	7 397	7 599	6 885	7 202	6 516	7 356
* Wanderungssaldo	Anzahl	2 471	2 123	1 095	1 704	1 441	1 674	1 525
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 831	13 777	13 212	12 948	12 680	12 269	13 080
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	134 223	149 782	146 144	142 332	140 673	168 762	161 893	158 211	154 912
* Männer	Anzahl	76 448	87 062	85 599	82 793	81 048	100 696	94 501	91 638	88 719
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	6 870	.	.	.	7 906	12 274	.	.	8 529
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 987	.	.	.	45 141	54 268	.	.	48 402
Arbeitslosenquote	%	8,5	9,4	9,2	9,0	8,9	10,6	10,2	9,9	9,7
Offene Stellen	Anzahl	22 629	22 792	26 153	26 047	25 281	25 160	27 880	27 172	26 219
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	811	.	.	.	897	651	.	.	698
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 285	.	.	.	5 087	4 132	.	.	5 002
Kurzarbeiter	Anzahl	6 192	11 817	16 431	14 796	13 189	12 229	8 607	5 138	5 908
Männer	Anzahl	4 677	9 509	12 785	11 713	10 329	9 714	6 274	3 849	4 328
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
* Rinder	t	12 592	13 585	12 703	13 829	11 916	13 190	13 898	12 353	12 620
* Kälber	t	3 424	3 460	2 672	3 461	2 655	3 429	3 553	2 927	2 773
* Schweine	t	29	31	28	26	17	28	49	43	23
* Schweine	t	9 045	9 995	9 840	10 242	9 166	9 598	10 130	9 281	9 727
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	63 341	64 801	66 780	71 886	68 912	63 155	65 779	71 762	68 622
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 240	2 195	2 198	2 197	2 190	2 154	2 154	2 153	2 153
* Beschäftigte	1000	323	312	312	311	311	304	304	304	304
* Arbeiter ⁸⁾	1000	211	202	202	201	201	196	196	196	196
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	28 089	26 463	26 798	26 726	25 420 ^f	25 596	27 703	24 723	26 689
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 684	1 657	1 543	1 561	1 712 ^f	1 513	1 551	1 540	1 821
* Löhne	Mill. DM	921	892	832	854	915 ^f	810	836	831	935
* Gehälter	Mill. DM	763	765	711	707	797	704	715	709	886
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 953	8 672	9 077	8 845	8 892 ^f	9 044	10 064	8 695	9 726
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 514	3 537	3 984	3 686	3 761 ^f	3 757	4 289	3 647	4 045
* Exportquote ⁹⁾	%	39,3	40,8	43,9	41,7	42,3 ^f	41,5	42,6	41,9	41,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996			1997				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	7 484	7 259	.	.	7 045	8 038	.	.	6 643
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2),3)}	Mill. kWh	8 206	7 989	.	.	7 836	8 252	.	.	8 322
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	111	80	.	.	67	89	.	.	66
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	50	40	.	.	30	48	.	.	31
* schweres Heizöl	1 000t	60	41	.	.	36	41	.	.	36
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 147	1 108	1 088	1 124	1 102	1 162	1 173	1 058	1 160
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	247	243	246	248	204	218	213	218	184
Öffentliche Energieversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	466	386	352	370	318	462	404	347	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	31	27	28	27	26	26	24	19	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	435	359	324	343	292	436	380	328	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	85	64	51	62	42	111	63	83	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,05	0,07	0,07	0,09	0,06	0,08	0,09	0,10	...
Wärmekraft	Mill. kWh	350	295	274	281	250	325	317	245	...
Steinkohle	Mill. kWh	119	98	96	99	79	90	75	42	...
Erdgas	Mill. kWh	221	186	175	175	163	203	217	182	...
Heizöl	Mill. kWh	0,69	1,47	0,05	0,29	0,06	21,09	12,83	9,43	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	9	3	6	8	11	11	10	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	8	9	8	8	7	12	16	14	...
darunter von Betreibern regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	4	6	5	5	5	7	10	8	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 259	3 393	3 145	2 937	3 074	3 170 ^f	2 912 ^f	2 696	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 575	1 607	1 458	1 263	1 463	1 508	1 223	1 118	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 126	2 154	2 021	2 024	1 911	2 110 ^f	2 084 ^f	1 920	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,62	0,94	0,22	0,23	0,21	0,22	0,04	0,23	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 258	5 404	4 937	4 618	3 741	5 632	5 449	4 341	...
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 260	5 403	4 806	4 542	3 697	5 562	5 275	4 304	...
Handwerk⁶⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	81
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	187
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau¹⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	51 178	47 225	47 447	47 716	47 422	42 775	43 693	43 826	43 648
Facharbeiter	Anzahl	24 210	25 669	25 548	26 743	24 553	23 300	24 030	24 137	24 131
Fachwerker und Werker	Anzahl	13 822	8 940	9 154	8 285	10 244	7 432	7 629	7 663	7 632
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 182	4 707	5 299	5 265	5 125	4 242	5 236	4 316	5 156
davon: Hochbau	1 000	3 268	2 982	3 284	3 293	3 198	2 662	3 197	2 744	3 152
Tiefbau	1 000	1 914	1 725	2 015	1 972	1 927	1 580	2 039	1 572	2 004
davon: Gewerblicher Bau	1 000	1 407	1 143	1 187	1 192	1 183	1 030	1 251	1 099	1 219
Hochbau incl. lw. Bau	1 000	946	789	783	830	820	716	853	749	772
Tiefbau	1 000	461	354	404	362	363	314	398	350	447
Wohnungsbau	1 000	2 040	1 878	2 160	2 099	2 065	1 672	2 021	1 735	2 055
Öffentlicher u. Straßenbau	1 000	1 735	1 687	1 952	1 974	1 877	1 540	1 964	1 482	1 882
Hochbau	1 000	282	316	341	364	312	274	323	260	325
Tiefbau	1 000	1 453	1 371	1 611	1 610	1 565	1 266	1 641	1 222	1 557
Straßenbau	1 000	782	687	827	825	772	623	873	644	798
Löhne und Gehälter	Mill. DM	215	199	197	206	188	166	185	189	186
* Löhne	Mill. DM	169	156	156	165	146	127	144	148	144
* Gehälter	Mill. DM	46	43	41	41	42	39	40	41	42
* Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	631	573	609	684	479	629	632	725

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Meßdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	943	913	1 049	1 041	998	1 146	1 146	968	1 238
* mit 1 Wohnung	Anzahl	541	587	659	666	630	789	787	635	861
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	188	234	237	206	223	240	224	258
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	199	139	156	138	162	134	119	109	119
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 252	1 067	1 207	1 163	1 168	1 258	1 319	1 081	1 306
* Wohnfläche	1000 m ²	225	189	213	204	208	222	228	190	227
Wohnräume	Anzahl	10 314	8 584	9 793	9 158	9 462	10 018	10 250	8 609	10 333
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	535	461	513	498	506	542	571	466	559
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	11	3	1	1	6	4	6
Unternehmen	Anzahl	120	109	99	106	119	157	107	67	121
Private Haushalte	Anzahl	821	801	939	932	878	988	1 033	897	1 111
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	162	184	167	172	134	188	175	222
* Umbauter Raum	1000 m ³	812	741	892	737	744	591	764	679	1 056
* Nutzfläche	1000 m ²	132	123	150	120	116	97	131	118	169
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	176	174	260	204	121	124	183	143	208
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	18	25	16	19	12	23	20	13
Unternehmen	Anzahl	144	136	154	142	140	107	159	148	194
Private Haushalte	Anzahl	8	8	5	9	13	15	6	7	15
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 731	2 141	2 377	2 285	2 369	2 320	2 314	2 082	2 343
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 297	3 153	3 244	3 206	3 026	3 286
* EU-Länder ¹⁾	Mill. DM	2 060	1 857	1 981	1 847	1 810	1 913
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	244	221	234	227	222	230
Dänemark	Mill. DM	58	48	48	49	50	96
Finnland	Mill. DM	26	25	24	39	20	28
Frankreich	Mill. DM	604	498	519	475	508	454
Griechenland	Mill. DM	23	23	19	20	23	30
Großbritannien	Mill. DM	307	276	304	283	265	272
Irland	Mill. DM	11	13	18	13	14	16
Italien	Mill. DM	249	231	253	241	239	244
Niederlande	Mill. DM	208	195	201	179	172	204
Österreich	Mill. DM	130	127	138	113	111	126
Schweden	Mill. DM	54	58	68	60	50	62
Spanien	Mill. DM	123	119	133	121	114	126
Portugal	Mill. DM	22	23	23	26	22	25
USA und Kanada	Mill. DM	231	225	247	223	206	269
Japan	Mill. DM	73	84	71	85	65	60
Entwicklungsländer	Mill. DM	401	444	408	445	419	475
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	197	217	217	215	211	257
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 396	2 249	2 334	2 219	2 017	2 421
EU-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 547	1 471	1 478	1 451	1 310	1 566
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	245	222	205	243	192	207
Dänemark	Mill. DM	43	44	52	43	42	42
Finnland	Mill. DM	10	9	8	11	9	10
Frankreich	Mill. DM	474	456	484	450	401	406
Griechenland	Mill. DM	3	3	4	1	8	1
Großbritannien	Mill. DM	114	102	102	104	98	115
Irland	Mill. DM	18	20	22	12	15	35
Italien	Mill. DM	196	165	180	156	158	179
Niederlande	Mill. DM	216	207	204	202	177	244
Österreich	Mill. DM	63	65	66	64	59	87
Schweden	Mill. DM	45	57	42	23	55	45
Spanien	Mill. DM	96	100	89	113	82	179
Portugal	Mill. DM	24	22	20	29	15	16
USA und Kanada	Mill. DM	193	157	185	176	136	172
Japan	Mill. DM	85	98	157	100	86	85
Entwicklungsländer	Mill. DM	211	165	172	162	136	160
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	135	137	120	130	214

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1995.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,0	99,9	99,7	99,7	99,1	100,3	100,8	99,8	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,0	103,4	102,9	102,7	102,4	105,3	106,7	106,4	...
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	101,0	105,3	104,9	98,4	97,1	109,0	99,5	...
Großhandel²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,0	98,8	99,1	99,5	99,1	97,3	99,3	99,2	...
Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	100,6	102,4	103,3	99,8	98,7	111,8	100,2	...
Gastgewerbe²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,0	101,3	101,2	102,5	103,6	104,1	104,3	117,1	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,0	104,2	103,8	107,1	108,3	108,1	107,3	129,3	...
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	99,1	100,7	110,1	102,6	95,3	94,3	116,4	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	510	512	475	673	604	351	437	625	...
* Ausländer	1000	103	101	93	124	120	62	78	117	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 775	1 728	1 690	2 144	1 897	1 143	1 353	1 930	...
* Ausländer	1000	330	316	283	356	347	183	217	335	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 411	1 336	1 245	1 579	1 347	1 397	1 500
* Güterversand	1000 t	900	788	808	988	807	858	946
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 235	15 607	19 013	17 308	17 500	20 265	20 573	17 542	...
* Kraftfahrzeuge	Anzahl	981	1 285	2 752	1 775	2 038	3 100	3 083	2 281	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 291	13 313	15 091	14 312	14 340	16 001	16 130	14 001	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	675	678	747	821	720	698	862	909	...
* Zugmaschinen	Anzahl	171	192	231	221	266	243	292	207	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 496	1 467	1 391	1 727	1 797	1 356	1 459	1 645 ^P	1 686 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 777	7 956	7 275	8 112	7 271	7 247	7 753	7 663 ^P	7 870 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 025	1 981	1 824	2 298	2 390	1 841	2 002	2 257 ^P	2 352 ^P
* Getötete	Anzahl	36	31	27	40	40	31	43	36 ^P	26 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	23	19	18	24	21	22	26	16 ^P	17 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	6	10	13	6	7	12 ^P	4 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	2	1	2	3	2	3	2 ^P	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	4	1	4	2	1	6	4 ^P	2 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	494	497	497	572	642	471	471	568 ^P	563 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	282	285	251	267	340	264	245
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	84	86	134	136	145	85	106
Radfahrer	Anzahl	56	52	52	86	98	50	51
Fußgänger	Anzahl	53	56	53	65	41	52	50
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	97	102	113	130	99	86	120	81	147
Angemeldete Forderungen	1000 DM	57 513	67 528	80 366	64 070	98 947	47 923	99 900	53 172	64 831
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. – 2) Vorläufige Ergebnisse. – 3) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996			1997				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	128 532	142 495	.	.	133 904	145 641	.	.	147 193
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	126 266	139 651	.	.	131 319	142 140	.	.	143 451
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	22 607	24 069	.	.	23 534	24 561	.	.	24 217
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 468	23 193	.	.	22 584	23 666	.	.	23 556
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 139	876	.	.	950	895	.	.	661
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 208	11 374	.	.	10 289	11 202	.	.	11 197
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 759	9 642	.	.	8 863	9 560	.	.	9 557
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 449	1 732	.	.	1 426	1 642	.	.	1 640
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	93 451	104 208	.	.	97 496	106 377	.	.	108 037
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	82 581	90 490	.	.	86 176	92 680	.	.	93 983
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 870	13 718	.	.	11 320	13 697	.	.	14 054
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	113 430	121 319	.	.	114 925	120 831	.	.	121 616
* Sichteinlagen	Mill. DM	20 679	23 913	.	.	20 199	22 184	.	.	22 956
* Termineinlagen	Mill. DM	40 541	39 399	.	.	40 155	39 989	.	.	40 004
* Spareinlagen	Mill. DM	52 210	58 007	.	.	54 571	58 658	.	.	58 656
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern ⁴⁾	Mill. DM	3 243	3 228	2 526	3 180	3 634	3 065	2 375	3 250	3 793
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 383	1 362	808	1 344	1 801	1 377	548	1 261	1 833
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 123	1 088	944	1 294	842	740	796	1 269	849
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	183	182	-	508	-	-	-	481	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	46	36	-185	-147	328	227	-239	-176	265
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	56	50	16	20	251	4	14	61	302
* Zinsabschlag	Mill. DM	49	46	13	90	10	12	12	63	12
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	25	23	-	78	-	-	-	53	-
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	110	143	21	87	370	393	-36	43	405
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	12	13	-	32	-	-	-	-50	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 859	1 865	1 719	1 836	1 834	1 688	1 827	1 990	1 960
* Umsatzsteuer	Mill. DM	685	686	580	675	714	534	577	672	695
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 174	1 179	1 138	1 161	1 119	1 154	1 250	1 318	1 265
* Zölle	Mill. DM	219	201	266	123	187	198	203	228	193
* Bundessteuern	Mill. DM	587	533	458	505	611	314	178	193	297
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	493	439	405	446	479	197	127	126	149
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	85	45	51	125	106	43	57	138
* Landessteuern	Mill. DM	122	143	116	283	106	98	100	122	138
* Vermögensteuer	Mill. DM	27	40	11	78	6	7	5	7	5
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	60	58	71	71	61	58	79	66	66
* Biersteuer	Mill. DM	8	8	6	9	9	6	6	8	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchsteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. - 4) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	688	772	.	.	803	713
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	9	.	.	9	7
* Grundsteuer B	Mill. DM	140	146	.	.	166	134
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	462	536	.	.	543	485
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	.	.	59	70
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 323	2 127	2 757	2 089	2 332	1 716	1 531	1 860	2 102
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	649	639	350	643	812	615	351	619	832
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 078	945	1 924	941	909	787	977	1 046	973
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 070	1 088	723	1 209	1 243	979	655	1 005	1 357
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	592	545	228	535	754	568	179	493	772
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	331	372	303	388	384	313	299	389	447
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 112	1 175	.	.	1 250	869
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	366	425	.	.	438	427
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	520	514	.	.	552	215
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁵⁾	1991 = 100	112,5	114,1	113,8	114,1	114,2	115,5	115,3	115,8	116,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,6	109,6	109,9	110,0	110,2	110,5	110,9	111,7	112,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁵⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	115,4	115,3	.	115,5	.	.	.	114,8	.
Löhne und Gehälter⁷⁾										
Arbeiter										
im produzierenden Gewerbe										
Bruttostundenverdienste	DM	25,31	25,99	26,04	.	.	.	26,51	.	.
Männliche Arbeiter	DM	26,18	26,84	26,88	.	.	.	27,32	.	.
Facharbeiter	DM	27,77	28,54	28,55	.	.	.	29,10	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	25,12	25,70	25,75	.	.	.	26,13	.	.
Hilfsarbeiter	DM	22,42	22,61	22,81	.	.	.	22,72	.	.
Weibliche Arbeiter	DM	19,04	19,68	19,77	.	.	.	20,18	.	.
Hilfsarbeiter	DM	18,62	19,06	19,16	.	.	.	19,46	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,0	38,2	38,3	.	.	.	38,4	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	39,2	38,4	38,6	.	.	.	38,7	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	37,5	36,8	36,3	.	.	.	36,8	.	.
Angestellte										
im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 941	6 131	6 120	.	.	.	6 230	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 363	5 560	5 551	.	.	.	5 662	.	.
männlich	DM	6 309	6 502	6 500	.	.	.	6 588	.	.
weiblich	DM	4 342	4 514	4 503	.	.	.	4 626	.	.
Technische Angestellte	DM	6 397	6 577	6 565	.	.	.	6 666	.	.
männlich	DM	6 552	6 730	6 722	.	.	.	6 814	.	.
weiblich	DM	4 824	5 026	5 022	.	.	.	5 172	.	.
im Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsg.; Kredit- u. Vers.-Gewerbe										
Kaufmännische Angestellte	DM	4 256	4 422	4 411	.	.	.	4 497	.	.
männlich	DM	4 259	4 409	4 391	.	.	.	4 479	.	.
weiblich	DM	4 979	5 104	5 078	.	.	.	5 141	.	.
weiblich	DM	3 657	3 792	3 775	.	.	.	3 859	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ab 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG. – 5) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 6) Ohne Baunebenleistungen. – 7) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1995.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996			1997				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	66 157	66 444	66 357	66 378	66 401
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	35 878	35 542 ^{p3)}	25 143 ^{p3)}	26 737 ^p	58 116 ^{p3)}	16 764 ^{p3)}	22 236 ^{p3)}	28 915 ^{p3)}	55 783 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	63 768	65 726 ^{p3)}	62 627 ^{p3)}	63 078 ^p	63 152 ^{p3)}	64 631 ^{p3)}	62 318 ^{p3)}	70 242 ^{p3)}	66 701 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 716	73 238 ^{p3)}	75 956 ^{p3)}	75 440 ^p	70 220 ^{p3)}	75 132 ^{p3)}	70 317 ^{p3)}	75 630 ^{p3)}	67 905 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-9 948	-7 512 ^{p3)}	-13 329 ^{p3)}	-12 362 ^p	-7 068 ^{p3)}	-10 501 ^{p3)}	-7 999 ^{p3)}	-5 388 ^{p3)}	-1 204 ^{p3)}
Arbeitslose	1000	2 565	2 796	2 869	2 769	2 683	3 257	3 127	3 031	2 960
Männer	1000	1 464	1 617	1 709	1 613	1 548	1 965	1 853	1 760	1 706
Arbeitslosenquote	%	9,3	10,1	10,4	10,1	9,8	11,8	11,4	11,0	10,8
Offene Stellen	1000	267	270	305	311	300	290	316	315	309
Kurzarbeiter	1000	128	206	294	286	223	251	210	173	129
Männer	1000	101	171	252	244	181	212	174	139	101
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{3) 6)}										
Beschäftigte	1000	6 779	6 520	6 569	6 540	6 526	6 317	6 309	6 296	6 284
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	574	540	564	549	541	514	514	561	488
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	172 810	173 275	177 126	172 011	170 883	164 354	174 657	189 658	168 424
Auslandsumsatz	Mill. DM	49 032	51 438	52 748	51 005	50 303	52 796	55 185	59 437	53 095
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1991 = 100	95,8	95,7	98,8	94,9	94,8	92,7	96,1	105,3 ^f	93,4
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	99,7	98,1	101,2	97,7	98,4	96,0	100,0	110,1 ^f	100,0
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	93,3	95,6	97,8	93,9	92,5	91,5	92,6	104,9 ^f	90,7
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	84,6	85,1	94,0	85,6	85,2	84,0	95,4	96,0 ^f	77,2
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	97,2	96,5	97,8	95,1	95,7	91,0	92,5	98,2 ^f	90,7
Öffentliche Energieversorgung ³⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	38 453	40 468	44 231	38 398	37 493	41 209	41 927	40 659	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 528	30 975	35 842	30 281	28 559	33 534
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{3) 9)}										
Beschäftigte	1000	1 412	1 312	1 288	1 336 ^f	1 347	1 112	1 149	1 188	1 191
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	146	130	115	145	148	88	110	140	119
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	19 042	18 109	13 073	16 118	18 200	11 223	13 880	16 802	16 430
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 679	12 743	14 637	14 440	13 416	10 949	13 164	14 636	14 816
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 152	10 822	12 434	12 286	11 626	9 525	11 532	12 941	13 164
Wohnfläche	1000 m ²	2 953	2 697	3 047	2 989	2 712	2 284	2 651	2 898	2 928
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 665	2 632	2 541	2 627	2 716	2 135	2 382	2 835	2 729
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 230	32 507	36 211	34 766	31 753	28 433	30 406	32 523	32 804
Handel und Gastgewerbe ^{3) 8)}										
Einzelhandel										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	100,6	104,0	103,6	101,8	89,4	100,3	104,5	98,8
Großhandel										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	98,5	100,7	100,4	100,8	90,6	100,3	109,0	96,7
Gastgewerbe										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	97,3	94,1	95,8	106,3	80,1	91,0	92,8	105,2

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 7) Ohne Umsatzsteuer. - 8) Vorläufige Ergebnisse. - 9) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1995		1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Ausfuhr (Spezialhandel)²⁾	Mill. DM	62 461	64 326	63 235	63 442	62 737	67 945	70 443	73 285	...
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	36 326	36 294	36 239	36 478	34 604	39 495	40 271	39 596	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 095	4 009	3 895	4 003	3 983	4 223	4 570	4 216	...
Frankreich	Mill. DM	7 322	7 005	6 890	7 200	6 587	7 859	7 718	7 384	...
Großbritannien	Mill. DM	5 159	5 139	5 069	4 922	4 816	5 741	5 905	6 282	...
Italien	Mill. DM	4 739	4 773	5 054	4 879	4 490	5 297	5 376	5 423	...
Niederlande	Mill. DM	4 760	4 777	4 662	4 846	4 453	5 082	5 029	4 861	...
Einfuhr (Spezialhandel)²⁾	Mill. DM	55 353	55 755	56 478	55 265	53 120	58 718	60 433	62 878	...
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	31 242	30 735	30 815	30 697	28 630	33 245	33 877	32 426	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 664	3 512	3 754	3 381	3 239	3 753	3 897	3 674	...
Frankreich	Mill. DM	6 090	5 920	6 398	6 347	5 283	6 681	6 589	6 575	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	3 802	3 579	3 532	3 560	4 084	4 257	4 049	...
Italien	Mill. DM	4 735	4 584	4 344	4 584	4 371	4 803	4 848	4 794	...
Niederlande	Mill. DM	4 848	4 790	4 856	4 597	4 626	5 140	5 401	4 710	...
Geld und Kredit^{3) 4)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 358	4 675	4 441	4 474	4 485	4 720	4 757	4 771	4 793 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 299	3 536	3 344	3 368	3 377	3 553	3 576	3 592	3 609 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 059	1 139	1 097	1 106	1 108	1 167	1 181	1 179	1 184 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 713	2 930	2 724	2 729	2 738	2 887	2 912	2 884	2 898 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	1 046	1 143	1 091	1 086	1 089	1 155	1 156	1 153	1 153 ^p
Steuern²⁾										
Gemeinschaftsteuern⁵⁾	Mill. DM	48 966	46 997	51 245	35 961	36 570	38 188	50 760	35 035	38 510
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 713	26 484	34 952	16 467	16 485	15 679	33 941	14 819	17 542
Lohnsteuer	Mill. DM	23 558	20 940	17 912	17 960	18 456	17 520	17 257	18 209	18 357
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	1 166	968	7 790	-2 964	-3 042	-2 905	6 699	-4 428	-3 566
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 552	19 767	16 285	17 855	19 551	22 419	16 811	18 565	20 412
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 541	16 698	13 421	14 362	16 783	19 150	13 925	14 902	17 034
Zölle	Mill. DM	593	549	703	596	525	592	491	627	583
Bundessteuern	Mill. DM	11 172	11 489	12 459	9 505	10 633	9 638	11 641	9 514	10 286
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 175	1 196	1 080	664	1 077	4 552	1 048	883	1 045
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 803	8 115	8 539	7 391	8 152	3 684	7 881	7 289	7 764
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ^{2) 6)}	1991 = 100	103,1	105,6	105,3	105,5	106,4	106,7	107,4	108,4	109,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ^{2) 6)}	1991 = 100	91,6	91,1	92,7	92,4	94,7	89,6	90,9	94,1	96,6 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1991 = 100	103,7	103,1	103,0	103,1	103,1	103,7	103,6	104,0	104,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	114,9	114,8	-	-	114,9	114,3	-	-	114,2
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1991 = 100	115,4	115,3	-	-	115,5	114,9	-	-	114,8
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	108,9	107,8	-	-	107,9	106,6	-	-	106,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	112,5	114,1	113,7	113,8	114,1	115,6	115,5	115,3	115,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,6	109,6	109,7	109,9	110,0	110,7	110,5	110,9	111,7
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,4	109,3	109,1	109,1	109,3	109,6	109,7	109,7	109,8
Wohnungsmieten	1991 = 100	121,3	124,8	124,0	124,1	124,5	127,1	127,4	127,7	128,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	101,4	99,6	98,7	99,4	98,3	102,3	100,8	100,7	101,0
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	109,9	110,9	110,8	110,9	110,9	111,3	111,4	111,6	111,6
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	110,6	112,9	112,3	112,7	113,0	114,4	114,4	114,5	114,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	113,0	115,1	114,9	115,5	115,7	115,7	115,7	115,6	115,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	109,8	110,7	110,7	110,6	110,5	113,2	113,2	113,0	113,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	121,7	122,3	121,1	118,7	120,9	125,3	124,1	119,9	123,6

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

**Weitere Zunahme des Apfelanbaus
Die Hälfte des rheinland-pfälzischen Obstanbaus
in Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen**

Knapp 3 000 Betriebe erzeugen in Rheinland-Pfalz auf einer Fläche von rund 5 200 ha Baumobst für den Verkauf. Vor zehn Jahren waren es noch 4 200 Betriebe mit 5 500 ha. Seither wurde die Anbaufläche von Äpfeln um 230 auf 2 000 ha ausgedehnt, während der wirtschaftlich nicht mehr so interessante Sauerkirschenanbau von 2 160 auf 1 300 ha eingeschränkt wurde. Auch das Sortenspektrum im Apfelanbau hat sich in den letzten zehn Jahren gewandelt. Die führenden Apfelsorten sind heute Jonagold (260 ha) und Elstar (220 ha). Golden Delicious, Boskoop und Cox Orange haben dagegen an Bedeutung verloren.

Weitere wichtige Obstarten sind Pflaumen und Zwetschen (960 ha). Mit größerem Abstand folgen Süßkirschen (380 ha) sowie Mirabellen und Renekloden (135 ha).

Der Obstbau stellt an das Klima besondere Ansprüche, so daß er nur in einigen Landesteilen Bedeutung hat. Fast die Hälfte der Anbauflächen liegt im Landkreis Mainz-Bingen einschließlich der Stadt Mainz. Größere Anbauflächen weisen auch die Landkreise Bad Dürkheim, Mayen-Koblenz, Südliche Weinstraße und Ahrweiler auf. bd

Ausgaben für Asylbewerber geringfügig gesunken

Im Jahre 1996 wurden in Rheinland-Pfalz 288 Mill. DM für Leistungen an Asylbewerber ausgegeben. Damit sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesunken.

Eine unterschiedliche Entwicklung zeigt ein Vergleich der einzelnen Hilfearten. Während für die Leistungen in besonderen Fällen ein Betrag von 206 Mill. DM ausgegeben wurde und damit fast 7 Mill. DM weniger als im Vorjahr, erhöhten sich die Ausgaben für Grundleistungen um knapp 6 Mill. DM auf nunmehr 58 Mill. DM.

Weiteren Minderbedarf gab es bei den Aufwendungen für Arbeitsgelegenheiten, die gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 5 % niedriger lagen, und den sonstigen Leistungen, die einen Rückgang von 12 % zu verzeichnen hatten. Die Ausgaben für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt stiegen gegenüber dem Vorjahr dagegen um fast 6 % auf jetzt 20,4 Mill. DM.

Die Einnahmen, das sind Kostenbeiträge und Aufwendersersatz, Kostenersatz, Rückzahlung gewährter Hilfen, übergeleitete Unterhaltsansprüche und Leistungen von Sozialleistungsträgern, gingen im Berichtszeitraum um 20 % auf 8,4 Mill. DM zurück. hl

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im Juli 1997**

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu Juli 1996 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	116,6	1,7
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	111,8	1,5
Bekleidung, Schuhe	109,6	0,5
Wohnungsmieten	128,4	2,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	101,0	2,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	111,6	0,5
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	118,3	4,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,9	0,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,0	2,3
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	131,2	2,7
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	117,4	2,2
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	116,9	1,6
2-Personen-Haushalte von Renteneempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	119,5	3,5
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	119,2	1,9

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Deutlich mehr Getreide angebaut

Der Getreideanbau ist im laufenden Erntejahr 1997 auf rund 274 000 ha (+ 4 %) ausgedehnt worden. Hierzu dürfte im wesentlichen die geringere Stilllegungsverpflichtung beigetragen haben. Etwa ein Drittel der Getreidefläche ist mit Winterweizen (90 400 ha) bestellt worden, 7 % mehr als im Vorjahr. Die überwiegend für Brauzwecke verwendete Sommergerste wächst auf 85 500 ha (+ 4 %). Eine überdurchschnittliche Zunahme weist auch noch Triticale (15 100 ha) auf. Wintergerste

bleibt mit 39 400 ha gegenüber dem Vorjahr unverändert, während der Hafer um über 2 000 ha auf 15 100 ha eingeschränkt wurde.

Neben dem Getreide wurde auch der Anbau von Raps ausgedehnt. Er wächst jetzt auf 23 500 ha, im letzten Jahr waren es 21 500 ha. Der vor allem für pfälzische Betriebe wichtige Kartoffelanbau ist um knapp 5 % eingeschränkt worden. Etwa zwei Drittel der rund 10 500 ha werden für den Anbau mittelfrüher und später Kartoffelsorten verwendet. Zuckerrüben werden auf 23 100 ha, Silomais als wichtigste Futterpflanze wird auf 15 100 ha angebaut. **bd**

Weniger Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr

Westerwald/Lahn/Taunus am stärksten betroffen Heilstätten und Sanatorien mit 29 % Minus

Die Halbjahresbilanz 1997 des rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsgewerbes weist sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen einen Rückgang aus. Mit 2,5 Mill. kamen 3 % weniger Gäste als im ersten Halbjahr 1996. Die Zahl der Übernachtungen sank um 9 % auf 7,9 Mill. Rückläufige Übernachtungszahlen gab es in allen sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsregionen. Besonders betroffen waren die Gebiete Westerwald/Lahn/Taunus (- 17 %), Eifel/Ahr (- 16 %) und Hunsrück/Nahe/Glan (- 15 %).

Die negative Entwicklung des Übernachtungsaufkommens wird entscheidend durch die Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen bestimmt. So zählten die rheinland-pfälzischen Heilbäder 19 % weniger Übernachtungen (1,8 Mill.) und 5,6 % weniger Besucher (388 000). Für Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten wurden mit 1 Mill. um 29 % weniger Übernachtungen als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres gemeldet. Die Besucherzahlen gingen um 22 % auf 42 000 zurück. Aber auch die Hoteliers berichteten von deutlich weniger Übernachtungen (- 11 %). **el**

Im ersten Halbjahr 1997 mehr Einfamilienhäuser genehmigt

Mietwohnungsbau weiter rückläufig

Im ersten Halbjahr 1997 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von 6 126 neuen Wohngebäuden, etwas mehr (+ 1,6 %) als in der ersten Hälfte des Jahres 1996 (6 027). Die Bauplanungen sahen bis einschließlich Juni 1997 die Errichtung von 4 192 Einfamilienhäusern vor, das sind gut 400

Gebäude mehr (+ 11 %) als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (3 766). Die Zahl der genehmigten Wohngebäude mit zwei Wohnungen (1 260) verringerte sich gegenüber 1996 (1 312) geringfügig um 4 %.

Im Geschoßwohnungsbau ist ein weiterer Nachfragerückgang zu verzeichnen. Nach 942 Wohngebäuden im ersten Halbjahr 1996 kamen bis Ende Juni 1997 nur noch 668 zur Baufreigabe (- 29 %). Die Anzahl der genehmigten Mietwohnungen in Geschoßwohnbauten verringerte sich im 6-Monats-Vergleich um gut 1 400 Wohnungen auf 3 912 Einheiten (- 27 %).

Insgesamt wurde bis einschließlich Juni 1997 im Wohnbau die Errichtung von 10 723 neuen Wohnungen genehmigt, 11 % weniger als 1996 (12 071). Die veranschlagten Baukosten der Gebäude beziffern sich auf gut 2,9 Mrd. DM. Die im Vorjahreszeitraum kalkulierten Investitionen hatten mit knapp 3,1 Mrd. DM um rund 4 % höher gelegen. In neuen Wohnbauten sollen 1,2 Mill. m² zusätzliche Wohnfläche geschaffen werden, rund 5 % weniger als in den Monaten Januar bis Juni 1996 (1,26 Mill. m²). **hes**

1996 rund 850 Wohnungen ehemaliger Stationierungsstreitkräfte in Bundeseigentum überführt

Im Jahre 1996 sind in Rheinland-Pfalz insgesamt 853 Wohnungen der ehemaligen Stationierungsstreitkräfte in Bundeseigentum überführt und damit bei der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember 1996 berücksichtigt worden. Die Wohnungen liegen in 83 Gebäuden und weisen eine Wohnfläche von rund 80 000 m² auf. Die registrierten Wohnungen liegen ganz überwiegend in Neustadt (837 Wohnungen), die übrigen in Landau, Speyer und Zweibrücken.

Seit dem Jahre 1992 sind insgesamt 3 385 Wohnungen in 280 Gebäuden in Bundeseigentum überführt worden. Die Gebäude (ehemalige Kasernen, Instandsetzungsgebäude, Gemeinschaftsgebäude und Kasernen-Wohngebäude) wurden fast ausnahmslos renoviert, umgebaut und mit einem Raumangebot von 305 000 m² dem Wohnungsmarkt zugeführt. 266 Gebäude weisen drei und mehr Wohnungen auf, im Schnitt ist eine solche Wohnung 90 m² groß. **hes**

Themen des Heftes 8/97:

Verunglückte im Straßenverkehr 1996

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in den 90er Jahren

Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1994

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50-100“ verwendet.